



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagsitzung vom 18.06.2026



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto verfolgten auch diesmal wieder Beobachter*innen die Landtagsitzung – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die **#zusammenHaltNÖ**-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

Inhaltsverzeichnis

TO-Punkt 1: Mitteilungen.....	4
TO-Punkt 2: Dringlichkeitsantrag betreffend Umsetzung der im NÖ Gesundheitsplan 2040+ vorgesehenen Neustrukturierung der Rettungslandschaft in Niederösterreich	5
TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Niederösterreich zuerst: Integrationskodex fordert klare Pflichten	12
TO-Punkt 4: Aktuelle Stunde betreffend Wehrpflicht stärken – Sicherheit braucht Einsatzbereitschaft	21
TO-Punkt 5: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2025	24
TO-Punkt 6: Vorlage der Landesregierung betreffend Universitätsklinikum Tulln, Sanierung und Umsetzung des NÖ Gesundheitsplans 2040+	26
TO-Punkt 7: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 2: 2026 bis 2030	27
TO-Punkt 8: Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Kindergartengesetzes 2006	29
TO-Punkt 9: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend keine Beeinträchtigungen durch neues Dienstzeitmanagement im Polizeidienst	31
TO-Punkt 11: Antrag betreffend Hebammen-Beratungstermin als verpflichtender Bestandteil im Eltern-Kind-Pass verankern	33
TO-Punkt 12: Antrag betreffend Gleichstellung des Lehrpersonals und Kostenrefundierung des Bundes für Lehrpersonen im Bereich Pflegeausbildung	36

Landtagssitzung 18. Juni 2026 – Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
2	Dringlichkeitsantrag betreffend Umsetzung der im NÖ Gesundheitsplan 2040+ vorgesehenen Neustrukturierung der Rettungslandschaft in Niederösterreich; Dringlichkeit zuerkannt					
2a	Dringlichkeitsantrag angenommen					
5	Kenntnisnahme - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2025					
6	Kenntnisnahme - Vorlage der Landesregierung betreffend Universitätsklinikum Tulln, Sanierung und Umsetzung des NÖ Gesundheitsplans 2040+					
6a	Zustimmung zu Abänderungsantrag Abg. Krismer					
7	Genehmigung - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 2: 2026 bis 2030					
8	Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Kindergartengesetzes 2006 (NÖ KGG)					
9	Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hauer, Bors u.a. betreffend keine Beeinträchtigungen durch neues Dienstzeitmanagement im Polizeidienst					
9a	Zustimmung zu Zusatzantrag Abg. Schindele betreffend Grundgehalt stärken - Besoldung im Polizeidienst nachhaltig weiterentwickeln					
10	Antrag der Abgeordneten Mag. Ecker, MA u.a. betreffend lückenlose Sicherstellung des Anruf-Sammeltaxi-Systems im Bezirk Korneuburg					
11	Ablehnender Antrag des Gesundheitsausschusses betr. Antrag der Abgeordneten Mag. Moser, MSc u.a. betreffend Hebammen-Beratungstermin als verpflichtenden Bestandteil im Eltern-Kind-Pass verankern					
12	Antrag betreffend Gleichstellung des Lehrpersonals und Kostenrefundierung des Bundes für Lehrpersonen im Bereich Pflegeausbildung					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Mitteilung des Einlaufs (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

Anfragen

- ◆ Anfrage betreffend Verkehrssicherheit für Radfahrende und zu Fuß Gehende in Niederösterreich – Unfallhäufungen, Maßnahmen und Vergleich mit Best-Practice-Ländern, Ltg.-1004/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1004> (an LHF-Stv. Udo Landbauer/FPÖ)
- ◆ Gleichlautende Anfrage betreffend Dienstreisen und Nächtigungskosten in ihrem Ressort seit Regierungsantritt, Ltg.-1006-1008/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1006> (an LHF-Stv. Udo Landbauer, LRⁱⁿ Susanne Rosenkranz und LR Martin Antauer, alle FPÖ)
- ◆ Anfrage betreffend schwere Verfahrensmängel, mutmaßliche Anlassplanung und die Umgehung der 2-Hektar-Grenze für Betriebsgebiete im Umwidmungsverfahren „Masterplan Ost“ der Marktgemeinde Leobersdorf, Ltg.-1015/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1015> (an LHF-Stv. Stephan Pernkopf/ÖVP)
- ◆ Anfrage betreffend Finanzierung der Nachmittagsbetreuung für private Schulen in Niederösterreich, Ltg.-1018/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1018> (an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP)

Anfragebeantwortungen

- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Entwicklung der Staatsbürgerschaftserwerbe in Niederösterreich in den Jahren 2023 bis 2025, Ltg.-969/XX-2026, (von LR Martin Antauer/FPÖ) <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-969>
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Umsetzbarkeit der Ausbauziele des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG) in Niederösterreich, Ltg.-973/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-973>, (von LHF-Stv. Stephan Pernkopf/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend blockiert das Land den Windkraftausbau im Weinviertel? Ltg.-974/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-974> (von LHF-Stv. Stephan Pernkopf/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Einstellung der Förderung in Höhe von 50.000 Euro für das Don-Bosco-Jugendheim in Amstetten: Warum?, Ltg.-976/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-976> (von LR Martin Antauer/FPÖ)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Verwendung der Mittel des Finanzausgleichs 2024 für den Bereich Umwelt und Klima in Niederösterreich, Ltg.-979/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-979>, (von LHF-Stv. Stephan Pernkopf/ÖVP); Ltg.-980/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-980> (von LR Anton Kasser/ÖVP)

- ◆ Anfragebeantwortung betreffend „Werden Ressourcen an Niederösterreichs Schulen dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden?“, Ltg.-981/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-981> (von LHF Johanna Mikl-Leitner/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend „Zwischen Sparzwang und Chancenbonus – wohin steuert die Bildungspolitik in Niederösterreich?“, Ltg.-984/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-984>
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Asbestbelastung in Niederösterreich durch Material aus Steinbrüchen, Ltg.-986/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-986>

TO-Punkt 2: Dringlichkeitsantrag betreffend Umsetzung der im NÖ Gesundheitsplan 2040+ vorgesehenen Neustrukturierung der Rettungslandschaft in Niederösterreich

Link zum [Dringlichkeitsantrag](#)

Anmerkung von #zusammenHaltNÖ: das Thema „Gesundheitsplan 2040+“ und dessen Umsetzung ist schon seit längerem Dauerthema in den Landtagssitzungen. Diesmal spitzt sich die Diskussion merklich zu und es kommt zu einem heftigen Schlagabtausch v.a. zwischen ÖVP und SPÖ. Man kann nur hoffen, dass sich die beiden Parteien wieder besinnen und im Sinne der nö. „Landsleute“, die in regelmäßigen Abständen bemüht werden, zu sinnvoller und konstruktiver Zusammenarbeit finden. Ein „Weiter so wie bisher“ wäre fatal, sowohl für das Land, aber auch für das Image der beiden Parteien.

Nach der Begründung der Dringlichkeit des Antrags durch **Abg. Franz Dinthobl/VP**, wird der Antrag mit den Stimmen von VP, FP und Neos angenommen. Dagegen stimmen SP und Grüne.

In seiner Begründung fordert der Abgeordnete die zuständige *Landesrätin Eva Prischl* auf, die notwendigen Maßnahmen raschest zu ergreifen, um die geplante Neustrukturierung der Notfallversorgung bis 1. April 2027 sicherzustellen. Er erwähnt auch ein Expert*innen-Schreiben an die zuständige *Landesrätin Eva Prischl/SP*, sowie an die *Landesräte Anton Kasser/VP* und *Martin Antauer/FP*, die ebenfalls für Teilbereiche des Gesundheitswesens in NÖ verantwortlich sind. In diesem Schreiben werden laut dem Abgeordneten die Landesrät*in-

nen nachdrücklich ersucht, „am abgestimmten Umsetzungszeitplan festzuhalten und die Reform des Notfallwesens mit Wirkung 01.04.2027 verbindlich zu bestätigen“.

Als erste Rednerin drückt **Abg. Silvia Moser/Grüne** ihr Entsetzen über das Chaos innerhalb der Landesregierung aus. Der Gesundheitsplan sei gegen die Stimmen der Grünen einstimmig beschlossen worden und jetzt richte man sich innerhalb der Landesregierung von ÖVP, FPÖ und SPÖ über Anträge im Landtag gegenseitig aus, dass der Gesundheitsplan zu erfüllen sei. Niemand bestreite, dass eine Reform des Rettungswesens dringend notwendig sei. Angesichts steigender Einsatzzahlen, komplexer Krankheitsbilder, medizinisch und technischen Fortschritts, demographischer Entwicklung und wachsender Belastung des Personals stoße das System erkennbar an seine Grenzen. Im Gesundheitsplan spitze sich das Thema auf die Schließung von elf Notarztstützpunkten zu. Es solle eine Umstellung auf ein stärker Notfallsanitäter*innen-basiertes System stattfinden. Das sei nicht grundsätzlich abzulehnen, jedoch müssten davor die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden – vor Schließungen, vor Reduzierungen. Und dazu gehöre für die Grünen auch eine Notfallsanitäter*innen-Ausbildung neu in öffentlichen Bildungseinrichtungen und auf Bachelor-Niveau wie in vergleichbaren anderen europäischen Staaten. Es müsse auch eine Durchlässigkeit im Bildungssystem mit Anschlussfähigkeit an andere Gesundheitsberufe geben. Wenn an Notfallsanitäter*innen deutlich mehr Verantwortung übergeben werde, müsse dies bereits in der Ausbildung sichtbar sein. Eine Ausbildung von derzeit

ca. 1000 Stunden sei ein Viertel bis ein Fünftel der Ausbildungslänge im europäischen Vergleich. Dort könnten hochqualifizierte Paramedics oder Notfallsanitäter*innen einen Großteil der Notfallversorgung eigenständig übernehmen und somit Ärzt*innen gezielt ergänzen. Diese Qualifikationsstufe fehle in Österreich noch weitgehend und ihre Fraktion verlange diese. Es nütze der beste [RTW-C \(Großraum-Rettungswagen, mit Notfallsanitäter besetzt/Anm./#zH\)](#) nichts, wenn nicht die besten Notfallsanitäter*innen dort Dienst machen würden. Sowohl bei den haupt- als auch ehrenamtlichen Notfallsanitäter*innen gebe es v.a. junge Mitarbeiter*innen, die bereit seien, mehr Verantwortung zu übernehmen. Bei vielen erfahrenen, tw. auch ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen gebe es aber Zweifel und Vorbehalte, diese Verantwortung zu übernehmen und es bestehe die Gefahr, diese Mitarbeiter*innen zu verlieren. Es werde somit eine Professionalisierung stattfinden müssen, die – wie bereits erwähnt – bei der Ausbildung beginnen müsse. Weiters müssten, wie auch im Antrag beschrieben, die „Weiterentwicklung der Kompetenzen nicht-ärztlicher Rettungsdienstberufe“ in Angriff genommen werden. Dazu gehören, [\(wie schon im TO-Punkt 4 der Mai-Impressionen beschrieben/Anm. #zH\)](#), [First Responder](#), [Acute Community Nurses](#) etc. Und hier sei nichts zu sehen. Am 1. April 2027 sollten die genannten Notarztstützpunkte geschlossen werden, aber die notwendigen Vorbereitungen würden fehlen. Deshalb werde es keine Unterstützung des Dringlichkeitsantrags durch die Grünen geben.

[\(Siehe auch Impressionen, Mai 2026, Rede von Abg. Silvia Moser, S. 13-14/Anm.#zH\)](#)

Abg. Edith Kollermann/Neos kündigt gleich zu Beginn ihres Redebeitrags an, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Die Notfallversorgung stehe vor großen Herausforderungen, wie schon von *Koll. Moser* beschrieben. Genau deshalb brauche es strukturelle Veränderungen. Ziel sei es, die Versorgung so aufzu-

stellen, dass die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort eintreffe. Sie halte es für absolut richtig, dass man hier auf die Empfehlungen von Expert*innen zurückgreife, die den Gesundheitsplan erarbeitet haben. Die Abgeordnete bemerkt dann, dass sie die öffentliche Kommunikation sehr beschäftige, dass sehr viel Verunsicherung geschürt und Ängste mobilisiert würden. Das helfe weder den Patient*innen, noch den im System Tätigen oder den Gemeinden.

Es sei klar, dass Veränderungen Unsicherheit brächten, und deshalb brauche es eine ehrliche Kommunikation und keine Stimmungsmache oder politisches Taktieren zum eigenen Vorteil.

Die Abgeordnete berichtet dann über eine Informationsveranstaltung der beiden großen nö. Rettungsorganisationen, zu der alle Fraktionen eingeladen und auch vertreten waren. Auf Nachfrage hätten die beiden Organisationen versichert, den Zeitpunkt 01.04.2027 einhalten zu können.

Es sei klar, dass bestimmte formale Voraussetzungen in der Ausbildung nicht so rasch zu realisieren seien, aber die Rettungsdienste hätten ausführlich erläutert, dass die berufsbegleitende Ausbildung mit sehr viel Praxis die Anforderungen erfüllen würden. Sie kritisiert dann auch das Verhalten [\(einer Fraktion/Anm.#zH\)](#) in der Landesregierung, die zuerst zustimme und beim ersten Gegenwind einknicke. Das sei keine seriöse Übernahme von Verantwortung in der Landesregierung. Eine Informationsoffensive, wie sie der Antrag fordert, sei absolut notwendig, um Vertrauen zu schaffen und Missverständnisse auszuräumen. Reformen im Gesundheitswesen seien immer mit vielen Emotionen behaftet. Aber man habe die Verantwortung, Entscheidungen auf Basis von Fakten zu treffen, nicht auf Basis von Zurufen. Und die in der Landesregierung vertretenen Parteien hätten eine ganz besondere Verantwortung, weil sie ja alles umsetzen müssten.

Die Neos würden den Antrag unterstützen, denn er verfolge das Ziel, eine zukunftssichere,

qualitativ hochwertige Notfallversorgung auch für kommende Generationen sicherzustellen. Veränderung brauche Struktur, Vertrauen aber auch Mut.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne steigt in die Debatte mit der Diagnose „Krise in der nö. Landesregierung“ ein. Und sie meint weiters, diejenigen, die diese Krise mitverursacht hätten, seien nicht einmal vollzählig anwesend. Ihrer Wahrnehmung nach ziehe es *LR Sven Hergovich/SPÖ* vor, nicht an der Debatte teilzunehmen und *Landesrätin Eva Prischl/SPÖ*, wie so oft, allein an die Front zu schicken.

Die Sozialdemokratie sei für den Bereich Rettung zuständig, habe das verhandelt und in der Landesregierung bzw. dem Landtag beschlossen. Und jetzt solle alles anders sein. Auch wenn sie die Inhalte nicht teile, gehe sie als Opposition davon aus, dass die Landesregierung in NÖ Beschlüsse des Landtags auch umsetze. Es gehe nicht an, dass Beschlüsse des Landtags ignoriert würden, denn dann gebe es nicht nur eine Krise in der Landesregierung, sondern dann würde man auf eine Verfassungskrise in NÖ zusteuern. Die Abgeordnete stellt fest, sie rede draußen auch mit Notfallsanitäter*innen und Rettungsleuten. Die Position der Grünen sei im Bereich der Notfallsanitäter*innen bzw. Notärzt*innen eindeutig: es müsse zuerst in Ruhe das neue System etabliert, Bundesgesetze für die Notfallsanitäter*innen beschlossen und das neue System, sowie die Menschen in NÖ vorbereitet werden, bevor alles andere verändert werde. Das derzeitige Chaos hätten sich die Menschen nicht verdient.

Die Sozialdemokratie mache in der Landesregierung einen ganz schlechten Job. Der nicht anwesende *LR Sven Hergovich* sage öffentlich, er könne das Budget nicht mittragen, weil im Bereich der notärztlichen Versorgung weniger im Budget vorgesehen sei. Da im Landtag beschlossen worden sei, es solle elf Notarztstützpunkte weniger geben, sei es völlig klar, dass Finanzlandesrat Anton Kasser auch weniger Budget dafür vorgesehen habe. Daher könne er

jetzt nicht mehr Geld dafür bereitstellen. Das sei „tiefer roter Populismus“.

Abg. Krismer zieht dann auch stark in Zweifel, dass mit [First Respondern](#) ein Akut- und Erstversorgungssystem aufgebaut werden könne. Auch [Acute Community Nurses](#) - Notfallsanitäter*innen, die auch pflegerische Ausbildung hätten – seien in NÖ kaum vorhanden. Auch die Flugrettung sei nicht ausreichend vorbereitet. Auch die telemedizinische Unterstützung von Notfallsanitäter*innen durch Tele-Notärzt*innen sei noch zu vage, um verlässlich zu sein. Zu viele Fragen müssten noch geklärt werden, andernfalls könnten betroffene Rettungsmitarbeiter*innen bei Fehlentscheidungen leicht vor Gericht landen. Derzeit entstehe der Eindruck, die Sozialdemokratie habe jetzt die schlechte Qualität der Beschlüsse realisiert und versuche, auszusteigen. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, die Sozialdemokratie von ihrer Aufgabe zu entbinden und die Geschäfte neu einzuteilen. Und die Abgeordnete weist auf einen Vorfall unter *LH Erwin Pröll/VP* hin, der wegen eines kleinen Streits der Sozialdemokratie das gesamte Ressort der Gemeindeförderungen und -erträge weggenommen habe und das habe damals keine größere Regierungskrise ausgelöst. Aber die derzeitige Situation sei eine solche Krise. Schwarz-Blau könne nicht zusehen, wenn etwas nicht gemacht werde.

Abg. Krismer fordert abschließend den Landtag auf, den Menschen die Sicherheit zu geben: ob das System so bleibe, wie es ist, ob das Budget vielleicht doch aufgestockt werden müsse, weil die Notärzte auch 2027 in der derzeitigen Anzahl belassen würden, oder ob in NÖ ein Wunder passieren werde und es gebe die vielen notwendigen helfenden Hände. Mit der Aufforderung an die Landesregierung, zusammenzuarbeiten und die selbst erarbeiteten und getroffenen Beschlüsse auch zu exekutieren, schließt die Abgeordnete ihre Rede.

In einer emotionalen Rede, die immer wieder von Zwischenrufen aus Richtung der VP und von Ordnungsversuchen des vorsitzführenden *Präsidenten Wilfing* unterbrochen wird, ver-

sucht **Abg. Karin Scheele/SP** die Position ihrer Fraktion zu erläutern. Sie weist darauf hin, dass sie das Gespräch mit den beiden Rettungsorganisationen, des Arbeitersamariterbundes und des Roten Kreuzes anders wahrgenommen habe als ihre Kolleg*innen. Sie habe den Eindruck, man sei in unterschiedlichen Sitzungen mit unterschiedlichen Themen gewesen. Sie habe bereits beim Beschluss des Gesundheitspaktes 2040+ prophezeit, dass noch viele kontroverse Diskussionen bei der Umsetzung zu führen sein würden. An solch einem Punkt sei man derzeit. Es sei die Aufgabe aller, mit den Rettungsorganisationen, den Sanitäter*innen und mit der Bevölkerung zu sprechen, was sie sich von der Notfallversorgung erwarten. Sie sehe es auch als ihre Aufgabe, nicht nur zu schauen, ob der Rettungsdienst funktioniere, sondern auch die Erst- und Akutversorgung, die ebenfalls ein Ziel des Gesundheitspaktes sei. Sie verstehe nicht, wie man auf dem Zeitpunkt 1. April 2027 beharren könne und die Sorgen von Expert*innen und Mitarbeiter*innen des Gesundheitssystems einfach wegweise. Der Plan der Notarztstützpunkte wurde unter flankierenden Maßnahmen beschlossen und es gebe Schwierigkeiten, diese einzuhalten.

Abg. Scheele erwähnt, dass für Acute Community Nurses nicht **Landesrätin Eva Prischl/SP**, sondern **LR Martin Antauer/FP** zuständig sei. Dies geht im Lärm aus dem VP-Sektor und dem Geklingel des Präsidenten, der schließlich das Plenum auffordert, Ruhe zu bewahren, beinahe unter. Die Abgeordnete weist nochmals auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten hin und dass es daher eine gemeinschaftliche Aufgabe der Landesregierung sei, den Gesundheitspakt umzusetzen, inklusive der Sicherstellung von Erst- und Akutversorgung in Kliniken. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen und auch nicht dem Vorhaben, dass Notarztstützpunkte zugesperrt würden, bevor es einen adäquaten Ersatz gebe.

Nach einer Replik auf frühere Diskussionen kann sich **Abg. Richard Punz/FP** einen Seitenhieb auf die SP nicht verkneifen und erwähnt

süffisant, es sei bemerkenswert, dass das [Thema](#) kurz vor dem nö. [SP-Landesparteitag](#) wieder aufgepoppt sei und Teile des Gesundheitsplans, der gemeinsam beschlossen wurde, plötzlich wieder in Frage gestellt wurden. Dies sei parteitaktisch erklärbar, aber staatspolitisch habe es niemandem geholfen. Das Bild, das von der SP der Bevölkerung gegenüber gezeichnet werde, sei kein gutes. Jetzt brauche es wieder Sachlichkeit, Klarheit und Verantwortung, besonders im Bereich der Rettungs- und Notfallversorgung. Bei einer zunehmenden und immer älter werdenden Bevölkerung werde der Versorgungsbedarf größer, bei begrenzten Personalressourcen.

Auch **Abg. Punz** geht auf die Notwendigkeit von telemedizinischen Unterstützungssystemen für Notärzt*innen und die präklinische Versorgung zur Entlastung des Systems ein. Sorgen müssten auch weiterhin ernst genommen werden. Dies bedeute aber nicht, fachlich notwendige Reformen zu verschieben oder politisch in Frage zu stellen. Ernst nehmen bedeute informieren, einbinden und umsetzen. Und hier liege die Verantwortung bei der zuständigen Landesrätin, die sich – so wie alle anderen Vertreter*innen der Landesregierung - nicht aussuchen könne, welche Beschlüsse gelten und welche nicht. Der Gesundheitsplan sei eine Verpflichtung und kein unverbindliches Diskussionspapier. Es sei ein Auftrag zur Umsetzung, dem nachzukommen sei.

Abg. Punz erwähnt dann noch den Rettungsdienste-Vertrag, der unter Einbeziehung aller wesentlichen Organisationen vor nicht allzu langer Zeit beschlossen und auch von der zuständigen Landesrätin unterschrieben wurde. Regierungsverantwortung bedeute, auch über den parteipolitischen Schatten zu springen und zu tun, was für das Land notwendig sei. Um der Verunsicherung der Bevölkerung entgegenzuwirken, brauche es jetzt Führung, Transparenz und eine Informationsoffensive, um bestehende lokale Vorbehalte aufzulösen, den Menschen zu erklären, warum diese Reformen essentiell und alternativlos seien.

Gleich zu Beginn seiner Rede ortet **Abg. Matthias Zauner/VP** eine „Krise der Sozialdemokratie“ und macht dafür deren *Landespartei*vorsitzenden *Sven Hergovich* verantwortlich. Arbeit der konstruktiven Kräfte der Sozialdemokratie, die für NÖ arbeiten wollten, sei derzeit nicht möglich und bezeichnend sei, dass der „Geisterfahrer dieser Gesundheitsdebatte“ *Hergovich* bei der Landtagssitzung nicht anwesend sei. Derjenige, der diese Debatte anzettelte, setze eine Pressekonferenz gleichzeitig zur Debatte im Hohen Haus an und der Abgeordnete sagt: „Die Perversion ist, er hat diese Pressekonferenz bis zur jetzigen Minute noch nicht einmal begonnen. Das heißt, ich frag mich schon, wo ist der Brandstifter dieser Debatte und, Kollegin *Scheele*, den Brandstifter zum Verteidigen [sic!] und nach der Feuerwehr zu schreien, das ist schon ein Bild, das ein ganz besonderes ist, hier am Beginn dieser Debatte“.

Der Abgeordnete zählt dann eine Reihe von Besprechungen und Vereinbarungen ab Jänner 2024 auf, bei der die „*Hergovich-SPÖ*“ dabei gewesen sei und mitgestimmt habe. Allerdings sei zu Beginn noch die frühere *Landesrätin Königsberger-Ludwig/SP* dabei gewesen, die jetzt bei einigen in Ungnade gefallen sei. Im März 2025, als *Königsberger-Ludwig* bereits Staatssekretärin war, wurde der Gesundheitsplan in der Landesregierung einstimmig beschlossen und *Sven Hergovich* habe zugestimmt. Zwei Tage später, als *Eva Prischl* noch Landtagspräsidentin war, stimmte die Sozialdemokratie inklusive *Eva Prischl* dafür. Und der Abgeordnete zählt noch weitere Beschlüsse auf, bei der „die Sozialdemokratie“ ebenfalls mitgestimmt habe.

Weiters weist *Abg. Zauner* darauf hin, dass die einzig Verantwortliche für das Rettungswesen die *SP-Landesrätin Eva Prischl* sei, wirft ihr Untätigkeit vor und sagt, es sei nicht akzeptabel, dass ein Regierungsmitglied einen aufrechten Landtagsbeschluss (zur Umsetzung des Gesundheitsplans/Anm.#zH) nicht vollziehe. Als ehemalige dritte Landtagspräsidentin sei sie „Hüterin der Verfassung“ und der Beschlüsse

gewesen, und daher sei ihre Vorgangsweise nicht tolerierbar.

Was „*Herr Hergovich*“ im Vorfeld des Landesparteitages getan habe, sei beschämend und an Populismus nicht mehr zu toppen. Es sei auch nicht nachvollziehbar, wenn „die Sozialdemokratie“ bei einem inhaltlichen Thema eine 180-(Grad)-Kehrtwendung hinlege, dass der Landesparteivorsitzende vorangehe und die Landesrätin dazu schweige.

Abg. Zauner stellt dann eine Reihe von Fragen an die Landesrätin: (Zitat)

Was ist die Unterschrift unter dem Rettungsvertrag wert?

Was ist mit den Beschlüssen des NÖ Landtags? Werden die vollzogen?

Was ist mit Beschlüssen, die du selbst gefasst hast als Abgeordnete oder in der Landesregierung?

Und bist du überhaupt bereit, die Pflichten, die dir durch die Landesverfassung auferlegt werden, zu erfüllen?

Denn eines steht fest [...]: in NÖ ist es noch immer so – Landesregierungsmitglieder erhalten ihre Aufträge vom NÖ Landtag, nicht von Parteivorsitzenden und nicht von Parteitagen“.

Und der Abgeordnete stellt die Frage, ob die zuständige Landesrätin nicht wolle oder nicht könne.

Außerdem stelle sich die Frage, wo die Leistung sei und wofür monatlich Geld kassiert werde. Es sei klar, dass dies alles im Auftrag des „gesundheitspolitischen Geisterfahrers“ geschehe. Damit seien nicht die Grünen gemeint, die von Anfang an dagegen waren, sondern der „*Verunsicherungs-Landesrat Hergovich*“, der die Zügel in der Sozialdemokratie in diese Richtung lenke. Der sogenannte „*Kontroll-Landesrat*“ solle kontrollieren, ob sein eigenes Regierungsmitglied die Beschlüsse des NÖ Landtags vollziehe oder nicht.

Abg. Zauner kommt dann nochmals auf die Zeit vor dem Landesparteitag zu sprechen, in der *LR Hergovich* offenbar den Zorn der Expert*innen des Gesundheitsplans auf sich gezogen hatte.

Es sei die Frage aufgetaucht, ob alles so umgesetzt werde, wie entworfen. Und er erwähnt einen „Ärztbrief“, der eine klare Sprache spreche und in dem Ärzt*innen die Umsetzung der geplanten Systemänderung mit 1. April 2027 verlangten. Der Abgeordnete nennt diverse Ärzt*innen, darunter Funktionäre der NÖ Ärztekammer, die Vorständin der LGA (Landesgesundheitsagentur) und mehrere andere, die eine termingerechte Umsetzung forderten.

Abschließend erklärt er, warum es überhaupt diese „Dringliche Anfrage“ gebe: die Nichtzustimmung der SPNÖ zum Budget mit dem Notarzwesen zu argumentieren schlage dem Fass den Boden aus. Wenn *Sven Hergovich* argumentiere, dass das Notarzt-Rettungsbudget bis 2028 um 67% gekürzt werde, dann zeige dies inhaltliches Unverständnis und dann würde er damit die zuständige Landesrätin kritisieren. Die Budgetzahlen für die einzelnen Ressorts würden schließlich von den einzelnen Ressorts kommen. *Abg. Zauner* wirft *LR Hergovich* vor, „*Hergonomics*“ zu betreiben und nicht rechnen zu können. Besonders verwerflich sei *Hergovichs* Umgang mit seiner Parteikollegin *LRⁱⁿ Prischl*. Jede Kritik, die er am Umsetzungsgrad des Gesundheitsplans im Bereich des Rechnungswesens übe, sei eine Kritik an *Eva Prischl*. Er frage sich, wie die *Hergovich-SPÖ* mit Politikerinnen, mit Frauen in ihren eigenen Reihen umgehe. Es sei beschämend, lieber eine PK einzuberufen, sich vom Hohen Haus zu drücken und die Landesrätin allein dieser Debatte auszusetzen, obwohl man selber diese Debatte verursacht habe.

An *Abg. Scheele/SP* kommt schließlich noch die Belehrung, die Akutversorgung in den Spitälern sei etwas anderes als die Akutversorgung über Notärzt*innen und der Abgeordnete hält fest, es gebe in NÖ kein Landeskrankenhaus – und werde auch weiterhin keines geben – an dem die Erst- und Akutversorgung nicht gewährleistet sei. Auch in Gmünd werde dies der Fall sein und Gänserndorf werde sogar noch weiter ausgebaut werden. Darauf könnten sich die nö. Landsleute verlassen.

Abschließend fordert *Abg. Zauner* noch *LRⁱⁿ Prischl* auf, Stellung zu beziehen, zu informieren, denn mit ihrem Schweigen verspiele sie im Rekordtempo Vertrauen des Landtags und der nö. Landsleute – und er meint offenbar, so wie viele andere Politiker, rhetorisch auf die zurzeit stattfindende WM aufspringen zu müssen und verteilt öffentlichkeitswirksam an die Landesrätin die „Gelbe Karte“. Es sei Zeit, die medialen Spiele zu beenden, zur Arbeit zurückzukommen und den Gesundheitsplan umzusetzen.

Zur Rekapitulation und besseren Einordnung des Gesagten verlinkt #zusammenhaltNÖ die zwei Anträge aus der LT-Sitzung vom 28.05.2026: [ursprünglicher Antrag der SPNÖ](#) und [§34er-Antrag von VP und FP](#), in der es ebenfalls um den Gesundheitsplan und die notärztliche Versorgung ging.

KO Abg. Kurt Hackl/VP beginnt seinen Redebeitrag mit einem Zitat aus der Gelöbnisformel für Abgeordnete. Er meint, der Landtag sei die „**Herzkammer der Demokratie**“ und kritisiert *SP-Landesrätin Prischl*, die nach einem einstimmigen Regierungsbeschluss inkl. der Stimme von *Sven Hergovich* einen Rettungsdienstvertrag ausverhandelt und unterschrieben hat, aber am Tag der Landtagssitzung eine Pressekonferenz einberufen habe und „*der Regierung*“ vorwerfe, NEF (Notarzteinsatzfahrzeuge)-Standorte ohne Rücksicht auf Verluste zu schließen. Der Abgeordnete erinnert daran, was außer von Grünen von allen Fraktionen beschlossen worden sei: es würden keine Strukturen verändert, bevor nicht ein Ersatz bestehe. Das sei kein Freibrief, als zuständige Landesrätin aus Jux und Tollerei oder Parteitaktik nicht die notwendigen Reformen durchzuführen. Sie habe den Auftrag des NÖ Landtags dafür. Einerseits gemeinsam die Schließung von Notarztstützpunkten zu beschließen und sich dann hinzustellen und dagegen zu agitieren sei „*schizophren*“. **(Kein Ordnungsruf von Präsident Wilfing/Anm.#zH)**

Dies werde in der heutigen Pressekonferenz wiederholt, meint *KO Hackl* und sagt: „*Die ÖVP und die FPÖ bricht [sic!] den Gesundheitspakt.*“

Des dahupft kana mea. Also des könnts keinem mehr erklären: ihr woarts bei die [sic!] Beschlüsse dabei, ihr habts des ausverhandelt, ihr wollts es nur nicht umsetzen, aus welchen Gründen auch immer. Weil vielleicht der Sven Hergovich jetzt liaba einem SPÖ-Parteitagsbeschluss die Treue hält als dem NÖ Landtag, obwohl er auf den angelobt ist. Und das werden wir nicht zulassen“.

Klubobmann Abg. Hannes Weninger/SP meint – an den Präsidenten gewandt - er wolle nicht auf die niveaulosen Untergriffe, wie „schizophren“, „Brandstifter“ etc. eingehen, die keine Ordnungsrufe zur Folge gehabt hatten, aber das obliege der Vorsitzführung.

Der Abgeordnete hält fest, dass seine Fraktion zum Gesundheitsplan 2040+ stehe und geht nochmals auf die diversen Zuständigkeiten im Gesundheitsbereich ein: für Rettungsfragen sei LRⁱⁿ Prischl zuständig, für die im Plan ebenfalls erwähnte Sicherstellung der Erst- und Akutversorgung in den Spitälern sei LR Kasser zuständig, für die mobilen Pflege- und Notfallteams, die ebenfalls eine Voraussetzung für die Reform des Notarztwesens ist, sei LR Antauer zuständig. Und da gebe es die schriftliche Vereinbarung, dass ab 2028 geplant werde, wie diese Akut- Notfall- und Pflgeteams aufgestellt würden. Man könne daher nicht 2027 etwas zusperren, wenn man erst 2028 die dafür vereinbarte Voraussetzung zu überlegen beginne. Ein weiterer Punkt sei die Neuorganisation und Ausrüstung der Flugsysteme – Flugsicherheit, Flugfähigkeit bei Wind, Nebel und nachts. Sowohl für die Finanzierung als auch für die Landplätze sei ebenfalls LR Kasser zuständig. KO Weninger hält danach aber auch fest, dass er hunderte Beispiele von Landtagsbeschlüssen aufzählen könnte, die nicht eingehalten wurden, wo es Verzögerungen gebe, etwas nicht möglich sei oder teurer werde. Als Beispiel nennt er das KH Wiener Neustadt. Seit 2008 gebe es dort Spatenstich um Spatenstich. Wie viele schwarze Gesundheits-Spitalsreferenten hätten da schon zurücktreten müssen? Und es gebe für das Krankenhaus noch immer keine

Perspektive. Schließlich macht der Abgeordnete der ÖVP einen versöhnlichen Vorschlag: der Gesundheitsplan sei von Expert*innen erarbeitet worden. Die Rettungsorganisationen seien dazu leider nicht eingeladen gewesen. Das Rote Kreuz und der Samariterbund seien offenbar nicht als Experten gesehen worden. Es sei daher legitim, dass diese sich jetzt Sorgen um ihre Tätigkeit und die Versorgung der Niederösterreicher*innen machen. Es würde noch viel Gesprächsbedarf in den Regionen oder mit (ÖVP-) Bürgermeister*innen geben. Daher sei sein Appell, einmal pro Halbjahr einen Gesundheitsausschuss zu veranstalten, wo Punkt für Punkt durchgegangen werde und wo Verantwortlichkeiten, Termine und Probleme besprochen würden und auch der eine oder andere Punkt abgeändert werden könne.

#zusammenHaltNÖ stellt fest: offenbar hat der **Wahlkampf für die Landtagswahl im Jänner 2028** bereits begonnen. Das Verhalten der Regierungsparteien lässt jedenfalls solche Schlüsse zu. Ob die Wähler*innen das goutieren werden? Wir haben unsere Zweifel. **#zusammenHaltNÖ** stellt weiters zum wiederholten Mal eine beunruhigende Orientierungslosigkeit innerhalb der Landesregierung fest: die einen klammern sich an die Empfehlungen der Expert*innenkommission zum Gesundheitsplan 2040+, ohne auch nur geringe Adaptierungen zuzulassen. Die anderen bringen ihre Argumentation – keine Schließungen ohne gleichwertigen Ersatz – nicht über die Rampe und lassen sich Beschimpfungen defensiv gefallen.

Als letzte Mandatarin bei diesem TO-Punkt meldet sich **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** nochmals zu Wort und stellt fest, dass es LRⁱⁿ Prischl, die den Saal noch während des TO-Punkts verlassen hatte, sichtlich nicht gut gegangen sei. Und in emotionalen Worten wirft sie der Sozialdemokratie, die in allen neun Bundesländern und auch im Bund keine einzige Frau an der Spitze habe, vor, ihre Landesrätin mehr oder weniger allein der scharfen Kritik ausgesetzt zu haben. Als einzige SP-Abgeordnete sei die ehemalige Gesundheitslandesrätin **Karin Scheele/SP** ausgerückt, um die eigene Landesrätin zu verteidigen und **Abg. Krismer-Huber** meint: „Der Herr Klubobmann, der jetzt

so goschert ist, hat sich im Nachhinein auf die Liste setzen lassen. Dem wars nicht einmal wert, von Anfang an seine eigene Gesundheitslandesrätin zu verteidigen“. Falls Eva Prischl ihre Aufgaben nicht erledigen sollte, dann brauche man als Abgeordneter nicht zu erzählen, wo man beim Roten Kreuz ein Gespräch geführt habe, sondern man stehe hinter ihr und helfe ihr im Büro, dass die Dinge, die im Landtag beschlossen wurden, abgearbeitet werden.

#zusammenHaltNÖ stellt fest, dass zum wiederholten Mal mit zweierlei Maß gemessen wird: für das Wort „goschert“ erhält Klubobfrau Krismer-Huber einen Ordnungsruf, während Präsident Wilfing/VP es nicht für notwendig findet, dem VP-Abg. Zauner für das Wort „schizophren“ einen Ordnungsruf zu erteilen und dies auch mit einer etwas merkwürdigen Argumentation zu rechtfertigen versucht ([Video ab Minute 1:23:23](#)). (Hier die [Bedeutung von „goschert“ laut DUDEN](#): 1. frech und ausfallend, 2. redegewandt, schlagfertig und nicht - wie Präs. Wilfing behauptete - „ohne Kompetenz gesprochen“. Die zweite Duden-Definition könnte ja sogar als Kompliment gedeutet werden.

Zusatzinformation

[Zuständigkeitsbereiche](#) der Mitglieder der NÖ Landesregierung

[Debatte eskaliert - Notarzt-Streit: Landesrätin Prischl wehrt sich nach Kritik im Landtag - NÖN.at](#), 19.06.2026

[VPNÖ-Zauner: „Gesundheitspolitische Geisterfahrt der Hergovich-SPÖ“, VP-PA, 19.06.2026](#)

[Hergovich: "Schwarz-Blau bricht den Gesundheitspakt“, SPNÖ, 18.06.2026](#)

[Rettungswesen in Niederösterreich: ÖVP und FPÖ zeigen roter Gesundheitslandesrätin die "Gelbe Karte" - Niederösterreich, Mein Bezirk, 18.06.2026](#)

[ÖVP + FPÖ: "Gelbe Karte" für SPÖ-LR-Prischl - oe24.at, 18.06.2026](#)

[Debatte um Notarztstandorte eskaliert - noe.ORF.at, 18.06.2026](#)

[Rettungswesen - Streit um Notarztstützpunkte: ÖVP und FPÖ attackieren SPÖ-Landesrätin - NÖN.at, 18.06.2026](#)

[Niederösterreich – Notarzt-Versorgung – wilder Streit zwischen SP und VP | Heute.at, 26.05.2026](#)

[Ressourcen werden gebündelt – Notärzte in NÖ – Künftig 21 statt 32 Stützpunkte | Heute.at, 21.08.2025](#)

[Entscheidung präsentiert - Endgültig fix: Welche Notarzt-Stützpunkte in NÖ geschlossen werden - NÖN.at, 20.08.2025](#)

TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Niederösterreich zuerst: Integrationskoeffizient fordert klare Pflichten

„Niederösterreich zuerst“ sind die einleitenden Worte des **FP-Abgeordneten Andreas Bors** und es wird sehr rasch klar, wohin die weitere Reise geht, wenn er sagt: „Die Menschen in unserem Land“ würden von der Politik erwarten, dass sie zuallererst für die eigene Bevölkerung da sei, nämlich „für jene Landsleute, die in diesem Land arbeiten, die hier Steuern zahlen, die Vereine tragen und unser Land dadurch Tag für Tag am Laufen halten“. Diese Menschen hätten natürlich auch Rechte – auf Sicherheit, auf Ordnung und „ein Recht darauf, dass jene Zuwanderer, jene Migranten, die hierher zu uns nach NÖ kommen, unsere Regeln respektieren und sich an unsere Gesellschaft anpassen und nicht umgekehrt“.

#zusammenHaltNÖ fragt: hat es jemals Forderungen gegeben bezüglich Anpassung der Mehrheitsbevölkerung an Zuwanderer und deren Kultur und Sitten? Uns sind keine bekannt. Und: arbeiten Migrant*innen denn nicht? Zahlen sie denn keine Steuern? Halten sie das Land nicht am Laufen? Was würde nicht alles stillstehen, wenn Migrant*innen mal einen Tag streiken würden? Augen auf und hinschauen, rät **#zusammenHaltNÖ** dem Abgeordneten.

Bors wirft dann der österreichischen Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte vor, kläglich gescheitert zu sein und Kritiker seien der Fremdenfeindlichkeit oder des Rechtsextremismus beschuldigt worden. Nur die FPÖ unter **Jörg Haider** habe schon vor über 30 Jahren mit dem [Volksbegehren „Österreich zuerst“](#) vor diesen Entwicklungen gewarnt. Die Reaktion seien Demonstrationen, Lichtermeere und Beschimpfungen gewesen. Heute gebe die Realität seiner Partei recht und die Folgen seien in vielen Teilen Europas sichtbar: von Parallelgesellschaften über Integrationsverweigerung, importierten Konflikten zu steigender Kriminalität. Und immer mehr Menschen würden sich fragen, „warum sich plötzlich die eigene Gesellschaft an (sic!) die Zuwanderer integrieren sollen [sic!] und eben ned umgekehrt“.

Der Abgeordnete zählt dann Beispiele aus dem Schulbereich auf und nennt Kinder, die auf Grund ihres Glaubens nicht am Schwimmunterricht teilnehmen wollten, oder am Musikunterricht, weil er angeblich nicht halal sei. Er spricht

weitere die Gleichberechtigung von Mann und Frau an und die Verweigerung des Handschlags bei Begrüßungen ([dazu ein Entscheid des Verfassungsgeschichtshofes/Anm.#ZH](#)). Weiteres beklagt Abg. Bors „dass ihnen das Schweinefleisch nicht passt, dass ihnen das Kreuz in unseren Räumen nicht passt usw. usf. Diese Zustände wollen wir hier nicht“. Genau deshalb sei der von LR Martin Antauer/FP erstellte Integrationskodex so wichtig.

#zusammenhaltNÖ fragt sich, wie Bors und seine Partei auf (österreichische) Vegetarier oder Veganer reagieren würden, denen Schweinefleisch ebenfalls „nicht passt“. Würde man ihnen auch mangelnde „Integration“ vorwerfen? Im Integrationskodex steht darüber übrigens nichts. Und was ist mit der zunehmenden Zahl von Menschen ohne Bekenntnis oder Atheist*innen, die vielleicht grundsätzlich die klare Trennung von Staat und Religion befürworten und deshalb gegen religiöse Symbole jeglicher Art in öffentlichen Gebäuden wie Schulen oder Gerichten sind? Werden sie irgendwann ebenfalls mit Strafanktionen belegt, wie sie im Integrationskodex Migrant*innen angedroht werden, die sich nicht ausreichend integrieren/assimilieren? Fragen über Fragen also. Antworten darauf scheint es bisher keine zu geben.

Abg. Bors argumentiert weiter: Integration sei keine Einbahnstraße sondern eine Bringschuld. Und wer hierher nach NÖ komme, der müsse eben bereit sein, „Teil dieser Gesellschaft hier zum Werden [sic!] und wer das nicht will, der darf dieses Land auch gerne wieder verlassen. Wir brauchen sie dann hier nicht unbedingt.“

Der Abgeordnete geht dann noch auf die Problematik des Spracherwerbs ein. Deutsch verbinde und Deutsch schaffe Chancen. Man wisse, Sprache sei Schlüssel zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Wer dauerhaft hier leben wolle, müsse bereit sein, schnellstmöglich Deutsch zu lernen.

Dienstgeber sollten bei der sprachlichen Qualifikation ihrer Mitarbeiter*innen keine Abstriche machen müssen. Das wolle er nicht akzeptieren, genauso wenig, wie als Kunde im Handel oder in der Gastronomie, dass ihn Mitarbeiter*innen nicht verstehen könnten. Hier gehöre entgegengewirkt, denn ein Zusammenleben funktioniere nur dann, wenn man miteinander

sprechen könne. Hier dürfe es keine Abstriche geben. Und der Abgeordnete meint: „Diese Sprache ist nicht irgendwo Afghanisch oder Syrisch oder Englisch, sondern diese Sprache hier ist Deutsch“.

Der Abgeordnete behauptet weiteres, viel zu viele Menschen hätten den Eindruck gewonnen, in Österreich gebe es Rechte ohne Pflichten. Die eigenen Landsleute würden sich dadurch „verarscht“ fühlen und andererseits würden Menschen aus allen Herren Ländern mit dieser Politik angezogen. Mit dieser Politik müsse Schluss sein. Wer hier Sozialleistungen erhalten wolle, habe auch gewisse Verpflichtungen. Und wer Unterstützung bekommt, müsse bereit sein, sich hier zu integrieren. Integrationsverweigerung würde sowohl vom Gesetzgeber, als auch der Allgemeinheit nicht hingenommen.

Abg. Bors hält weiteres fest, der Integrationskodex richte sich an jene, die sich integrieren wollten. Aber, behauptet er, es gebe zu viele Fälle, bei denen die Integrationsfrage schon längst beantwortet sei: wenn Frauen Opfer brutaler Gewalt würden, wenn islamistisch geprägte Parallelgesellschaften entstünden, wenn Menschen hier die Gastfreundschaft missbrauchen und schwere Straftaten begehen. Dann brauche man nicht länger über Integration zu reden, sondern über den Verlust des Gastrechts. Solche Menschen hätten hier nichts verloren. Und er geht auf die [brutale Gewalttat eines Afghanen in St. Pölten](#) ein, der für ihn der klassische Fall für „Remigration“ sei.

Bors zitiert dann die [Studie des Soziologen Kenan Güngör](#), wonach für 41% der muslimischen Jugendlichen ihre Religion über den Gesetzen stehe, worüber sich der Abgeordnete empört. Hier müsse man endlich entgegenwirken. Wenn die Bundesregierung diese Probleme nicht endlich bekämpfe, mache sie sich mitschuldig an den Problemen von morgen. Probleme dürften nicht nur benannt, sondern müssten auch gelöst werden. Und dafür stehe der Integrationskodex mit klaren Regeln, klaren

Pflichten und klaren Konsequenzen. Das gebe es auf Bundesebene nicht. Und der Abgeordnete schließt mit den Worten: „Bei uns in NÖ wollen wir eben nicht, dass wir hier zum Experimentierfeld einer gescheiterte Multikulti-Politik werden, denn wir wollen, dass NÖ Heimat bleibt, nämlich Heimat für jene Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, die hier leben, die hier arbeiten und die hier Verantwortung übernehmen“. Dafür würden die Freiheitlichen und der Integrationskodex stehen“.

#zusammenhaltNÖ ist fassungslos, mit welcher Nonchalance ein Mandatar, der selbst wiederholt grobe sprachliche Fehler macht – siehe unsere [sic!]-Hinweise - und immer wieder auch krasses fachliches Unwissen offenbart, an Zuwanderer sprachliche Anforderungen stellt, die selbst viele „Landsleute“ (und auch einige Mandatäre) nicht immer erfüllen.

Und zur Information und Weiterbildung von Herrn Bors: in Afghanistan ist die Amtssprache nicht „Afghanisch“, sondern es sind die Sprachen Paschtu und Dari. In Syrien spricht man nicht „Syrisch“, sondern die Amtssprache ist Arabisch. Von einem gut bezahlten Landtagsabgeordneten kann man schon ein solides Grundwissen oder zumindest die Bereitschaft zur gründlichen Vorbereitung seiner Landtagsreden erwarten. Ansonsten müsste man fragen: „Was ist Ihre Leistung, Herr Bors, außer regelmäßiges Hetzen im Landtag? Denn es ist grober Unsinn, Migrant*innen wiederholt so darzustellen, als würden sie in erster Linie der Sozialhilfe wegen nach Österreich/NÖ kommen.

So wie schon bei der Landtagssitzung im Mai, spricht **Abg. Indra Collini/Neos** klare Worte - auch in Richtung der FPÖ. Für sie sei es selbstverständlich, dass zu gelungener Integration Deutsch lernen, die Gesetze respektieren, die Anerkennung westlicher Werte gehöre: ein starker Rechtsstaat, eine liberale Demokratie, die klare Absage an Antisemitismus, religiösen Extremismus, aber auch an ideologiegetriebenen Extremismus. Und sie spricht dabei ganz konkret **Abg. Bors** an. Wer hier lebe, müsse akzeptieren, dass Frauen dieselben Rechte haben, dass Religion niemals über dem Rechtsstaat stehe, dass jeder Mensch, unabhängig

von Geschlecht, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung, sein Leben frei gestalten könne. Dies seien unverhandelbare Grundlagen unseres Zusammenlebens. Das gelte auch für Menschen, die hier schon leben und besonders für jene in politischer Verantwortung und natürlich gelte das auch für Menschen, die zu uns kommen. Und in Richtung der FPÖ sagt sie, dass manche, das, was sie von anderen verlangen, selber nicht immer leben würden.

Die Abgeordnete spricht dann dezidiert das „**Problem FPÖ**“ an. Auf der einen Seite einen Integrationskodex zu schreiben und Dinge zu verlangen, die man z.T. selber nicht lebt, sei das eine. Aber dann zudem für die Integrationsaufgaben des Landes zuständig zu sein und sich nicht um die Integration zu kümmern, das sei eine ganz besondere Chuzpe. Wenn man schon die Verantwortung für Integration und die damit verbundenen Herausforderungen habe, müsse man alles dafür tun, damit diese Herausforderungen gelöst würden.

Doch spätestens seit dem letzten Rechnungshofbericht, der in der letzten Landtagssitzung eines der Themen war, sei es schwarz auf weiß: die FPÖ rühre keinen Finger, um die Probleme zu lösen. So sei auch der Integrationskodex zu sehen, der auf den ersten Blick nicht so schlecht aussehe. Da stehe, Integration sei eine Bringschuld. Nur eine Bringschuld ohne funktionierendes Angebot und ohne eine ernstgemeinte Politik dahinter, die das dafür Notwendige auch tue, sei ein bisschen zynisch.

Abg. Collini skizziert dann das „**Geschäftsmodell**“ der FPÖ, über Integration zu reden, aber nicht, weil man das Problem lösen wolle, sondern weil man es „**bewirtschaften**“ wolle, indem man das Problem groß mache. Die FPÖ verkaufe sich gerne als Feuerlöscher, in Wahrheit seien sie aber der Brandbeschleuniger. Sie würden politisch davon leben, dass es brennt, aber sie würden selber keinen einzigen Eimer Wasser dazu beitragen, um diesen Brand zu löschen. Ganz im Gegenteil: sie wären diejenigen, die den Brennsphäritus großzügig über das Land verteilen und dann das Zündholz werfen wür-

den. Die FPÖ betreibe „*Integrationsrhetorik*“, aber keine ernsthafte Integrationspolitik.

Die Abgeordnete meint, trotz der hohen Zahl an Asylwerber*innen in der Vergangenheit und der damit verbundenen großen Herausforderungen, müsse sie etwas relativieren, denn die FPÖ tue so, als würde NÖ in den Themen Asyl und Integration förmlich untergehen, was absolut nicht der Wahrheit entspreche. Die Zahlen würden eine andere Sprache sprechen. Zurzeit habe man den niedrigsten Asylwert seit 2012.

Abg. Collini geht dann noch auf ein Detail im Integrationskodex ein. Dort werde behauptet, dass ein „*erheblicher Teil der Zuwanderung aus Regionen mit besonders hohem Integrationsbedarf*“ komme. Daneben seien aber auch die Zahlen aufgelistet und es sei „*schräg*“, dass dadurch die vorher genannte Aussage ad absurdum geführt würde. Die Daten im Kodex würden nämlich etwas ganz anderes zeigen. Die Mehrheit der Zugewanderten käme nämlich aus EU-Staaten bzw. Europa. Sie wolle nicht leugnen, dass es mit einzelnen migrantischen Gruppen große Herausforderungen gebe. Die Antwort darauf könne jedoch nicht sein, die Probleme jeden Tag größer zu reden, sondern sie zu lösen. Vor allem die FPÖ müsse sich mit ihrem Integrationslandesrat darum kümmern. Das wäre ihr Job, aber das würden sie nicht tun. Dann geht die Abgeordnete noch auf die Bundes- und EU-Politik ein, erwähnt die Unterstützung des Europäischen Asyl- und Migrationspakts durch die Bundesregierung. Diese großen Fragen könnten nur auf EU-Ebene gelöst werden, z.B. dass Asylverfahren schneller werden, dass irreguläre Migration eingedämmt werde, dass die Lasten fair verteilt würden. Österreich habe in der Vergangenheit viel von diesen Lasten übernommen - und an die FPÖ gewandt meint sie – „*aber auch, weil Ihr lieber Freund Orbán uns im Stich gelassen hat*“.

Abg. Collini macht schließlich noch eine kurze Replik auf die Zeit, als die FP im Bund in der Verantwortung war: unter Parteichef Kickl sei kein einziges Rückführungsabkommen unterzeich-

net worden. Diese Regierung habe allein im letzten Jahr bereits fünf solcher Abkommen unterzeichnet. Auch im Bildungsbereich sei es ähnlich. Die jetzige Regierung habe die Mittel im Bildungsbereich massiv aufgestockt, damit die Kinder im Kindergarten und den Schulen Deutsch lernen. Es sei der Chancenbonus eingeführt worden. Damit würden Ressourcen in jene Schulen gelenkt, wo es besondere Herausforderungen gebe. Integration passiere durch Sprachförderung, Orientierung in unserem Rechtsstaat und vor allem dadurch, dass Menschen möglichst rasch in die Arbeit kommen. Am Arbeitsplatz würden soziale Kontakte entstehen, dort würden Menschen Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten.

Und *Abg. Collini* schließt dann mit den Worten: „*Wer Deutsch lernt, wer unsere Gesetze respektiert, wer unsere Werte teilt, wer hier arbeitet, der oder die ist für NÖ kein Problem. Ein Problem sind die Politiker*innen, die seit Jahren für Integration zuständig sind und das alles eben nicht tun*“ und sie wirft der FPÖ vor, dass ihr von den USA kopierte Wahlkampfeslogan „*NÖ zuerst*“ nicht zutreffend sei. Denn was sie täten, sei NÖ im Stich zu lassen und „*unsere Landsleute hätten sich eine andere Politik verdient*“.

Abg. Helmut Fiedler/FP beginnt mit einer Rechtfertigung des Integrationskodex und meint, dieser sei notwendig geworden, weil Integration in Österreich viele Jahre hindurch als Angebot verstanden worden sei. Ab sofort bedeute Integration weg von einem bloßen Angebot und hin zu einer klaren Verpflichtung aller Einwanderer. Integration bedeute nicht, dass sich Österreich und NÖ an Zuwanderer anpasse, sondern dass diejenigen, die zu uns kommen, bereit seien, Teil Österreichs und NÖs zu werden. Er geht dann auf den Redebeitrag von *Abg. Collini* näher ein und versucht, die Dinge, die sie aus seiner Sicht falsch verstanden habe, zu korrigieren. Zu diesem Zweck erläutert er die grundsätzliche Gastfreundschaft Österreichs, z.B. während der Vorkommnisse im ehemaligen

Jugoslawien zu Beginn der Neunzigerjahre, als Österreich Menschen in Not Schutz gewährte. Vor elf Jahren sei seiner Meinung nach Österreich aber in eine „Schieflage“ gekommen. Dies habe mit der „Massenzuwanderung in das Herz Europas“ 2015, mit dem „Trampelpfad der Völkerwanderung“ zu tun, wo seine Partei ganz klar sage, „Leute, die bei uns nichts verloren haben, sollen wieder dorthin gehen, wo sie herkommen“.

An einem persönlich erlebten Beispiel versucht Abg. Fiedler seine Abgeordneten-Kollegin zu überzeugen, dass er mit seiner Meinung über Zuwanderer recht habe. Er beschreibt einen Flug von Istanbul nach Masar-e Scharif in Afghanistan, den er im Rahmen seines Afghanistan-Einsatzes als Berufsoffizier im Jahr 2017 mit vier weiteren österreichischen Soldaten an Bord einer Turkish Airline-Maschine erlebte. Der Airbus sei von türkischen Sicherheitskräften gechartert worden und es sei ein Abschiebeflug gewesen von Afghanen aus der Türkei nach Masar-e Scharif im Norden Afghanistans. Und jetzt kommt der Abgeordnete persönlich zu Wort: „Der Airbus war voll, es war dort ähnlich einer Stimmung am Fußballplatz wann Rapid gegen Austria spielt und die türkischen Sicherheitskräfte hatten Not und Mühe, die vierhalb Stunden diese Meute an Männern zusammenzuhalten. [...] Dort sind Großraumbusse gestanden, dort sind diese Afghanen hineingetrieben worden von afghanischen Sicherheitskräften und jeder war froh – einerseits die Türken, andererseits auch die österreichischen Soldaten – dass wir mit diesen Afghanen nichts mehr zu tun haben. Und von dieser Art von Leuten haben wir in Mitteleuropa viele, auch in Österreich und auch in NÖ und diese Leute haben hier nichts verloren“.

Anmerkung von #zusammenhaltNÖ: was diese Geschichte mit dem Thema der aktuellen Stunde zu tun hat, wissen nur die Götter und Abg. Fiedler. Oder will er damit andeuten, dass es sich bei Menschen, die aus Ländern wie Afghanistan kommen, ohnehin nur um Kriminelle handle, die zu Recht abgeschoben werden müssten? Offenbar sind dem Herrn Abgeordneten Meldungen aus den Jahren 2016 und 2017

entgangen, die auch von „illegalen Abschiebungen“ aus der Türkei berichteten. Hier sind zwei Beispiele: [Türkei schiebt offenbar Flüchtlinge nach Afghanistan ab | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), 23.03.2016 und [Illegale Abschiebungen aus der Türkei? - oe1.ORF.at](https://www.oe1.orf.at), 08.04.2017. Tausende, nicht straffällig gewordene Afghan*innen wurden übrigens auch immer wieder aus Pakistan oder dem Iran abgeschoben. Das sollte dem Herrn Mandatar eigentlich bekannt sein.

Der Abgeordnete wendet sich dann den Grünen zu und meint, jeder Staat habe das Recht, selbst zu entscheiden, wie viele und welche Menschen zuwandern und unter welchen Bedingungen sie nach Österreich zuwandern sollen.

Für die FPÖ sei im Zentrum ihrer Betrachtung, dass „wir als Staat, als Gemeinschaft sehr wohl unsere nationale Identität erhalten müssen, unsere kulturellen Traditionen erhalten müssen, und das ist ein legitimes, politisches Ziel auch noch im Jahr 2026“. Und er zitiert Integrationslandesrat LR Martin Antauer/FP: „Niederösterreich muss ein Land bleiben, in dem Recht und Ordnung herrschen und Zusammenhalt nur dort wächst, wo Regeln eingehalten werden“. Deshalb gehe es in dieser aktuellen Stunde auch um eine Grundsatzfrage: „Wem gehört die Zukunft von unserem NÖ“. Und Abg. Fiedler fragt, ob die Zukunft NÖs jenen gehöre, die dieses Land aufgebaut haben, jenen Familien – Müttern und Vätern – die jeden Tag aufstehen, zur „Oabeit“ gehen, ihre Kinder erziehen, die Steuern einbringen, die sich an die Regeln hielten etc. etc. Oder gehöre die Zukunft NÖs jenen, die glauben, NÖ sei ein Selbstbedienungsladen: „Sozialleistungen ja, Regeln nein; Wohnung ja, Deutsch nein; Rechte ja, Pflichten nein“.

Die freiheitliche Antwort auf all diese Fragen sei eindeutig: „NÖ zuerst, unsere Leute zuerst und unsere Regeln zuerst“. Und der Abgeordnete wiederholt Erwartungen an die Zuwanderer, die er bereits eingangs aufgezählt hat. Er ergänzt, es dürften sich nie Parallelgesellschaften bilden, die Zuwanderer hätten sich an die Mehrheitsgesellschaft anzupassen. Wer das nicht wolle, sei nicht „integrationsbedürftig,

der sei integrationsunwillig“. Und wer sich nicht integrieren wolle, der dürfe hier keine Perspektive haben.

Wie schon sein FP-Kollege Bors spricht auch er den Mordfall in St. Pölten an, behauptet, in dem einen oder anderen Bericht habe er „Euphemismen, Beschönigungen“ gelesen, wie „Kavaliersdelikt“, „es war ein Missverständnis“, „es ist eine kulturelle Besonderheit“. Da sage die FPÖ ganz klar: wer schwer straffällig werde, habe das Gastrecht in NÖ verwirkt und da brauche es auch kein Herumgerede, da gebe es nur eine Möglichkeit und die laute „ab nach Hause“, „Remigration“.

Abg. Fiedler wiederholt gebetsmühlenartig Dinge, die er bereits in anderen Worten gesagt hat und er schließt mit folgendem Statement: „Wir kämpfen für unser NÖ, wir kämpfen für unsere nationale Identität und wir kämpfen gemeinsam mit der Bevölkerung Seite für Seite [sic!] für eine schöne Heimat“. Die freiheitliche Botschaft dieser „Aktuellen Stunde“ laute daher: „NÖ zuerst bedeutet für uns: unsere Heimat ist kein Experimentierfeld für Multikulti-Politik, unsere Werte sind nicht verhandelbar und unsere Geduld ist auch nicht grenzenlos. Integration ist Pflicht, wer mitmacht ist willkommen, wer verweigert, muss Konsequenzen spüren“. Und der Abgeordnete wiederholt: „Früher war Integration in NÖ ein Angebot, heute ist es Verpflichtung. Danke, Martin Antauer“.

#zusammenhaltNÖ ist mehr als konsterniert, dass ein Generalstabsoffizier, der für Eurocorps in Strassburg Dienst machte, der Jurist mit PhD-Ausbildung ist und durch zahlreiche Auslandseinsätze internationale Erfahrung hat, Migration und Flucht (wissentlich?) so willkürlich vermengt und seine Zuhörer*innen glauben macht, ein Staat könne sich aussuchen, welche Menschen in Österreich um Asyl ansuchen. Gerade er als Jurist sollte internationale Verträge und Konventionen, die für Österreich gültig sind und tw. sogar im Verfassungsrang stehen, kennen und daher auch respektieren. Und Fiedler erklärt auch nicht, WO er die von ihm genannten „Beschönigungen“ gehört oder gelesen habe.



GEHÖRT GEHÖRT:

Abg. Georg Ecker/Grüne leitet seine Rede – passend zur derzeit laufenden Weltmeisterschaft - mit einer Aufzählung prominenter Fußballer des Nationalteams mit und ohne Migrationshintergrund auf. Und er stellt die Frage, was das Nationalteam, was Österreich ohne diese Menschen wäre. Egal ob es sich um diese Fußballer, die derzeit in der Auslage stehen, ob es sich um Unternehmer*innen oder Altenpfleger*innen handle, was wäre Österreich ohne diese Menschen, die zu uns gekommen sind und hier ihren Beitrag leisten?

Für die Grünen stehe fest, dass es zum Zusammenleben Regeln brauche. Das sei die Verfassung, das liberale Regelwerk, auf dem das Zusammenleben in diesem Land basiere. Das sei nicht verhandelbar. Aber wer dieses Regelwerk akzeptiere, solle auch alle Chancen haben. Und nicht nur zugewanderte Menschen sollten sich dieses Regelwerk stärker zu Herzen nehmen, sondern auch andere. Was im Landtag diskutiert werde, sei kein Integrationsprogramm, sondern eine Sackgasse.

Und der Abgeordnete zitiert aus dem Integrationskodex: da heißt es, Integration sei keine Einbahnstraße, jedoch auf keiner einzigen Seite seien Angebote des Landes zu finden, die es für eine gelungene Integration brauche. Kein Wort über ausreichende Deutschkurse, über die nötige Anerkennung von Qualifikationen, über die so dringend nötige Sprachförderung im Kindergarten.

Dann kommt Abg. Ecker auf die Kürzungen zu sprechen und kritisiert: „Sie kürzen genau dort das Geld weg, wo wir Menschen helfen können Deutsch zu lernen. Sie streichen seit Jahren die Förderungen für Deutschkurse, Sie streichen Förderungen für Projekte, wo auch Integration gelebt wird, wie das Don Bosco Jugendzentrum in Amstetten. Das ist die blaue Handschrift in der Praxis. Sie reißen die Brücken ein, nur um dann genau den Menschen vorzuwerfen, dass sie nicht ans andere Ufer kommen. Das ist die

blaue Politik in NÖ und der gehört eine Absage erteilt“.

Weiters spricht der Abgeordnete das Thema Arbeit und Selbsterhaltungsfähigkeit im Kodex an und hält fest, es seien im Bund ausgerechnet die Blauen, die sich mit Händen und Füßen, mit Zähnen und Klauen dagegen wehren, dass Asylwerber*innen arbeiten dürfen. Durch diese Politik würden Menschen jahrelang aus dem Arbeitsmarkt ausgesperrt und dann stelle man sich hin und spreche von Integrationsverweigerung, weil sie nicht arbeiten gehen. Unredlicher und absurder gehe es wohl nicht.

Und der Abgeordnete kehrt zu den zuvor zitierten Regeln zurück und geht auf einige davon ein, z.B. auf „*Absolute Null-Toleranz gegenüber Antisemitismus*“ ([Kodex S. 15/Anm.#zH](#)), eine Forderung, die die Grünen unterschreiben würden. Er erinnert dann allerdings, dass diese Forderung von einer Partei stamme, deren eigener Landesparteichef (Udo Landbauer/Anm.#zH) jahrelang stv. Obmann einer Burschenschaft gewesen sei, die antisemitische judenfeindliche Texte in der Schublade hatte (siehe Zusatzinformation/Anm.#zH).

Abg. Ecker geht dann auf das Thema „Gleichstellung von Mann und Frau“ ein ([Kodex S.15/Anm.#zH](#)), was ebenfalls zur grünen Identität gehöre. Allerdings könne man seine Zweifel bekommen, wenn man bedenke, dass es im NÖ Landtag bei 14 Abgeordneten nur zwei Frauen gebe. Oder wenn man eine Aussage der *Salzburger FP-Vorsitzenden Marlene Svazek* bedenke, die zum Frauentag geschrieben habe, die [Gleichstellung von Mann und Frau lehne sie ab](#). Und im Landtag würde es die FPÖ nicht einmal schaffen, die Präsidentin korrekt als „PräsidentIN“ anzusprechen, wolle aber anderen gegenüber Gleichstellung predigen.

Auch gegen den Punkt der „Trennung von Staat und Religion“ und das Bekenntnis zum säkularen Staat im Kodex hätten die Grünen nichts einzuwenden, aber die FPÖ trete im selben Atemzug mit Kreuzen auf und instrumentalisieren gläubige Christen. Doppelbödiges gehe es kaum. Wenn man dies in seiner Gesamtheit be-

trachte, werde eines klar: dieser Kodex sei v.a. für eine Gruppe dringend notwendig, nämlich für FPÖ-Politiker.

Es sei klar, wer Integration wolle, finanziere Deutschkurse, statt sie zu kürzen, tue alles, dass Kinder am Ende des Kindergartens gut Deutsch können, anstatt sich gegen Sprachförderung auszusprechen. Wer Werte verlange, lebe sie selbst vor. Nur so sei man glaubwürdig.

Die FPÖ wolle keine Integration, sie wolle spalten, um politisch davon zu profitieren. Das sei das einzige Ziel solcher „Aktueller Stunden“. Stattdessen brauche man das, was dieses Land wirklich stark mache: dass alle Menschen hier eine faire Chance bekämen. Daran würden die Grünen arbeiten, doch dieses Papier sei das genaue Gegenteil.

Abg. Kathrin Schindele/SP hält fest, dass Migration auf Grund unterschiedlicher Religionen, Kulturkreise und Wertvorstellungen immer schon herausfordernd gewesen sei. Die Unterschiede würden von ihrer Fraktion auch anerkannt, ohne dabei aber Kompromisse hinsichtlich der hiesigen Traditionen, Kultur oder Rechte zu machen. Wer hier Schutz genieße, müsse auch Verantwortung übernehmen, mit klaren Konsequenzen bei Zuwiderhandeln. Die Abgeordnete stellt klar, dass sie als Sozialdemokratin selbstverständlich dafür sei, dass Menschen in Not Unterstützung gewährt werde. Gleichzeitig müsse Migration reduziert und gesteuert werden. Wer hier lebe, gehöre unabhängig der Herkunft gut behandelt. Allerdings habe sie null Verständnis, wenn man sich nicht an die Spielregeln halte und Selbstverständlichkeiten, z.B. Frauenrechte missachte. Was sie an dieser Debatte störe, sei die Tatsache, dass oft so getan werde, als ob dies ein Widerspruch sei. Genau das Gegenteil sei der Fall. Wer Menschen wirklich helfen wolle, müsse sehr genau schauen, wo Hilfe allenfalls missbraucht werde. Und *Abg. Schindele* sagt weiter, dass der Integrationskodex viele Überschriften habe, aber wenig konkrete Maßnahmen. Von ihrer Fraktion gebe es das klare Bekenntnis zu einer geordneten und restriktiven Migrationspolitik. Es

bestehende Handlungsbedarf, der weiter gehe als jener, der im Kodex festgeschrieben ist. Die SPNÖ fordere deshalb in ihrem [Niederösterreich-Plan](#) eine Arbeitspflicht für Asylsuchende (S. 14). Wer vom Staat unterstützt wird, müsse auch etwas zurückgeben. Und deshalb fordere ihre Fraktion nach dem Vorbild Kärntens die Einführung verpflichtender gemeinnütziger Arbeit für Asylwerber*innen, z.B. gesellschaftliche Tätigkeiten in der Gemeinde. Dies würde eine Tagesstruktur schaffen, Sinn, sowie soziale Kontakte und ein zusätzliches Taschengeld ermöglichen. Ebenso nach Kärntner Vorbild könne sich die SP-Fraktion vorstellen, eine landesweite „Hausordnung“ zu erarbeiten, die Rechte und Pflichten von Asylsuchenden klar festlegt und bei Verstößen harte Konsequenzen vorsieht. Integration gelinge, wenn Menschen von Anfang an die Möglichkeit hätten, mitzuarbeiten und zu lernen. Deshalb brauche es eine frühzeitige Kompetenzanalyse aller Migrant*innen, um vorhandene Qualifikationen zu erfassen und die Integration am Arbeitsmarkt gezielt zu fördern. Deshalb müssten Deutschkurse über das AMS ab dem ersten Tag zugänglich gemacht werden. Weiters solle ein eigenes Arbeitsmarktprogramm geschaffen werden, das auf Qualifizierung und Anerkennung bereits abgeschlossener Ausbildungen und Vermittlung in Mangelberufe setzt.

Abg. Schindele schließt ihre Rede mit dem Appell, Hilfe dort zu sichern, wo sie notwendig ist und klare Grenzen zu ziehen, wo Systeme überlastet würden. Das sei keine Härte, sondern gelebte Verantwortung jenen gegenüber, die hier leben und dieses Land tragen. Integration sei selbstverständliche Pflicht, kein unverbindliches Angebot. Wer hier lebe, müsse arbeiten, Deutsch lernen und die Gesetze respektieren. Wer das tue, sei willkommen, wer das verweigere, müsse gehen.

Zusatzinformation und Kommentar von #zusammenHaltNÖ:

Obwohl das Thema ja bereits im [TO-Punkt 8 der Mai-LT-Sitzung](#) behandelt wurde, greift die FPNÖ natürlich wieder eines ihrer Lieblingsthemen auf und ver-

*mittelt dadurch den Eindruck bei der Bevölkerung, dass es in NÖ eine massive Bedrohung durch „böse Einwanderer/Migrant*innen/Geflüchtete“ gebe. Während der Integrationskodex sich ja offenbar auf die Lieblingszielgruppe der FPÖ, die muslimischen männlichen Zuwanderer abzielt, zeigt die Statistik, dass von den Menschen in NÖ Grundversorgung mehr als 80% Personen aus der Ukraine stammen, davon größtenteils Frauen und Kinder. Wie schon der Rechnungshofbericht zeigte und **Abg. Indra Colini/Neos** und **Abg. Doris Hahn/SP** in ihren Redebeiträgen bei der Mai-Landtagssitzung treffend feststellten, werde das für Integration in NÖ geplante Budget vom verantwortlichen FP-Landesrat nur unzureichend ausgeschöpft, jedoch dann lautstarke und öffentlichkeitswirksame Kritik geübt, wenn es bei der Integration Defizite gebe. Und noch etwas fällt auf: wir von **#zusammenHaltNÖ** können uns nicht erinnern, dass **Abg. Punz** oder seine FPÖ-Parteikollegen jemals Gewalttaten erwähnt und medial ausgeschlachtet hätten, die von (rechtsextremen) Österreichern verübt wurden. Erst am vergangenen Wochenende gab es in Leoben einen Vorfall, bei dem ein migrantischer Taxilenker brutal zusammengeschlagen wurde, weil er sich weigerte, Passagiere, die in seinem Wagen rechtsradikale Parolen brüllten und den Hitlergruß zeigten, weiter zu transportieren. ([NS-Parolen und Gewalt - Burschenschafter-Eklat: Leoben zieht Konsequenzen |](#) [krone.at](#)). Auf dem rechten Auge scheint man offenbar gerne blind zu sein. **#zusammenHaltNÖ** regt darüber hinaus an, jenen Abgeordneten, die den Unterschied zwischen Migration und Asyl noch immer nicht kennen, diesen durch Jurist*innen der Landtagsdirektion ein für alle Mal erklären zu lassen.*

Abg. Hermann Hauer/VP stimmt früheren Sprecher*innen bezüglich Deutschpflicht, Respekt, Gesetze, Arbeit zu. Und besonders deutlich betont er die Übereinstimmung seiner Partei mit den **Abg. Fiedler** und **Bors/beide FPÖ** bezüglich des von beiden propagierten Slogans „NÖ zuerst“. Und der Abgeordnete wiederholt die Anforderungen an Migrant*innen bzw. Geflüchtete, die schon mehrfach von vorherigen Redner*innen formuliert wurden. Der Abgeordnete erwähnt, dass die Landeshauptfrau mit der VPNÖ dies immer wieder gefordert habe und in Abstimmung mit dem Arbeitsübereinkommen mit dem Koalitionspartner FPÖ konsequent und verantwortungsvoll handle. Er erwähnt dann den [„Aktionsplan gegen den radikalen Islam“](#), der in einem Gesetzespaket am

30.04.2025 beschlossen wurde und Maßnahmen gegen Extremismus und Radikalisierung formulierte. Durch die Vermittlung unserer Werte, Traditionen und unseres kulturellen Erbes in Kindergärten und Schulen würden die Rechte der Pädagog*innen gestärkt.

Abg. Hauer geht dann auf weitere Maßnahmen der Landesregierung ein, darunter auf die Installation des [Landessicherheitsrates](#), der am 18.03.2025 beschlossen wurde und auf die [„Beobachtungsstelle radikaler Islam“](#), die am 27.01.2026 in der Sitzung der Landesregierung beschlossen wurde. Dadurch würden sicherheitsrelevante Entwicklungen frühzeitig erkannt, Risiken bewertet und eine klare Grenze gegenüber jeder Form von religiösem Extremismus gezogen. Und der Abgeordnete dankt dem zuständigen *Landesrat Antauer/FP*, dass er im Gegensatz zu anderen seine Verpflichtung wahrnehme.

Abg. Hauer geht dann ein weiteres Mal auf die Pflichten von Zuwanderern ein, konzediert aber, dass in NÖ Integration funktioniere. Als Beispiele nennt er den Gesundheits- und Pflegebereich, in dem Menschen aus allen Teilen der Welt arbeiten. Diese mehr als 2.800 Personen seien wichtige Mitarbeiter*innen in den Kliniken, Pflegeheimen und sonstigen Einrichtungen der LGA/Landesgesundheitsagentur.

Unter den knapp 6.000 Beschäftigten in den Pflege-, Betreuungs- und Förderzentren der LGA wäre der Anteil der Mitarbeiter*innen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft bei etwa 16 %. Diese aktuellen Zahlen würden zeigen, dass Integration funktioniere. Und dann – zur FPÖ gewandt – meint der Abgeordnete ([Video ab Minute 05:48](#)): *„Und was i jetzt sog, man i ned bös, es funktioniert auch in der Politik. Und i sog des in Dankbarkeit: unser Landeshauptmann-Stellvertreter ist persischer Abstammung. Also funktioniert Integration und man sieht, dass Integration nicht nur gelebt wird, man sieht auch, dass Integration erforderlich ist und wir Integration benötigen“*. Und er sagt weiter, jede/r einzelne der Angesprochenen leiste tagtäglich einen wertvollen Beitrag.

Diese Menschen würden in der Früh aufstehen, Verantwortung übernehmen, *„unsere Eltern und Großeltern pflegen“* und wichtige Beiträge für die Gesellschaft leisten, wie ein von ihm zitiertes Beispiel aus dem NÖ Hilfswerk zeige. Ihnen gebühre Respekt und Anerkennung. Sie würden zeigen, wer arbeiten wolle, wer sich einbringe, sei ein wichtiger und wertvoller Teil unseres Landes, v.a. in Zeiten des Fachkräftemangels gerade im Gesundheitsbereich.


Was den Landtag?/die Koalition? eine **Zitat: „was uns eint“/Anm.#zH**), sei die Tatsache, dass jene, die hier Unterstützung bekommen, auch bereit sein müssten, ihren Pflichten nachzukommen und deshalb habe NÖ mit dem Landtagsbeschluss vom 20.11.2025 eines der strengsten Sozialhilfegesetze geschaffen. Dies sei ein wichtiger und richtiger Schritt den Steuerzahler*innen und all jenen gegenüber gewesen sei, die täglich arbeiten gehen.

Sozialhilfe sei Hilfe zur Selbsthilfe und kein bedingungsloses Einkommen und mit einer Geste auf die FPÖ hin, meint der Abgeordnete: *„Das eint uns auch“*. Wer eine zumutbare Arbeit verweigere, müsse auch mit klaren Konsequenzen rechnen. Wer geltende Vorgaben missachte, müsse mit Sanktionen rechnen, denn nur ein Regelwerk mit Rahmenbedingungen sei eine faire Struktur.

Schließlich richtet *Abg. Hauer* eine Botschaft an den Bund: NÖ sei jederzeit gerne bereit, über eine österreichweite Vereinheitlichung der Sozialhilfe zu sprechen. Aber eines sei klar: es dürfe keinen Cent mehr geben als in NÖ.

Abschließend gibt der Abgeordnete noch einen Kommentar zur Asylpolitik ab, weil man gehört habe, *„dass die Welt a bisserl untergeht“*. Und er hält fest, dass es derzeit einen historischen Rückgang bei den Asylanträgen gebe. Der Bundesminister habe drastisch reduziert, es gebe einen Stopp beim Familiennachzug – 539 zwischen Jänner und April 2025, 38 im gleichen Zeitraum 2026. Auch die Verfahrensbeschleunigung und der Kampf gegen die Schleppermafia trage Früchte. Und nochmals betont er, was ihn mit *Abg. Fiedler/FP* und *Abg. Bors/FP* eine, lässt

aber anklingen, dass er offenbar „so manche Zurufe von der Bundespartei“ nicht so schätze.

#zusammenHaltNÖ rätselt:  lebt Abg. Hauer noch in Zeiten eines Erwin Pröll und hat nicht mitbekommen, dass es in NÖ schon seit 2017 eine Landeshaupt**FRAU** gibt? Wieso ist Udo Landbauer dann Landeshaupt**MANN**-Stellvertreter und nicht Landeshaupt**FRAU**-Stellvertreter? War es vielleicht nur ein Versprecher? Oder besteht der LHF-Stellvertreter vielleicht auf dieser Bezeichnung? Dann wäre es doch nicht so weit her mit den von der FPNÖ und Abg. Punz behaupteten und von der FPÖ (v.a. von Migranten!) geforderten gleichen Rechte für Frauen und Männer.

Zusatzinformation

[Remigration](#), Bundesamt für Verfassungsschutz
[Remigration | Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung](#)
[Wo bleibt der Untersuchungsausschuss zu "Waffenstudenten" in der FPÖ? - Oliver Rathkolb - derStandard.at > Diskurs](#), 29.06.2026
[Nazischriften, Prügel, Schießübung: Die Montanuni Leoben wird ihren rechten Rand nicht los - Österreich - derStandard.at > Panorama](#), 23.06.2026
[NS-Parolen und Gewalt - Burschenschafter-Eklat: Leoben zieht Konsequenzen | krone.at](#), 22.06.2026
[Nach Gewaltattacke in Leoben: Uni und Stadt schließen Burschenschaft Leder künftig aus - Inland - derStandard.at > Inland](#), 22.06.2026
[Nach "Sieg Heil"-Rufen und Gewaltattacke: Staatsschutz ermittelt in Leoben gegen Burschenschafter - Inland - derStandard.at > Inland](#), 21.06.2026
[»Remigration«: Die AfD und ihre Abschiebe-Fantasien - SPIEGEL TV - DER SPIEGEL](#), 20.06.2026
[Burschenschafter rufen in Leoben "Sieg Heil" und treten auf Taxifahrer ein - Rechtsextremismus - derStandard.at > Inland](#), 20.06.2026
[Schindele: „Integration gelingt nur mit klaren Regeln und echter Verantwortung“](#), 18.06.2026
[Papst: „Remigration ist keine christliche Antwort“](#), 17.06.2026
[Mit ihrem "Remigrationssong" macht die FPÖ Deportation zum Sommerhit - Olivera Stajic - derStandard.at > Diskurs](#), 15.06.2026
[Riesen-Wirbel um "Remigration" im Nationalrat - oe24.at](#), 20.05.2026
[Muss uns Ihre neue Studie über junge Muslime besorgen, Herr Güngör? – Expertise | NewsFlix.at](#)
[Muss uns Ihre neue Studie über junge Muslime besorgen, Herr Güngör? – Expertise | NewsFlix.at](#), 15.05.2026
[41 Prozent der jungen Muslime sehen islamische Gebote über den Gesetzen stehen - Panorama - derStandard.at > Panorama](#), 11.05.2026
[DerGutePlanFuerNiederösterreich.pdf](#), SP NÖ, 2. Auflage, 11/2025

[Zwischen Anerkennung und Abwertung: Einstellungen junger Zugewanderter in Wien](#), Forschungsbericht/Kenan Güngör u.a., 25.07.2025

[Diakonie-Asylexperte: Begriff „Remigration“ vergiftet Gesellschaft > Evangelische Kirche in Österreich](#), 17.01.2024

[Frauen aus Sicht der Blauen: Zurück in die "gute, alte Zeit"](#), 10.06.2023

["Kameraden, seid bereit!": Udo Landbauer und das andere Liederbuch - FIPU-Blog - derStandard.at > Diskurs](#), 27.01.2023

[Neunkirchen: Alles muss unter einen Hut - Neunkirchen](#), Mein Bezirk, 11.01.2022

#zusammenHaltNÖ vermutet, dass der SPNÖ offenbar in den letzten 10 Jahren einiges entgangen ist. Ansonsten ist es nicht zu erklären, warum SP-Mandatar*innen nicht mitbekommen haben, dass in unzähligen Gemeinden Niederösterreichs Asylwerber*innen, aber auch Asyl- und Subschutz-Berechtigte bereits FREIWILLIG jahrelang ehrenamtlich bzw. gemeinnützig auf unterschiedlichste Weise gearbeitet haben: beim Roten Kreuz, in Sozialläden, bei Park- und Landschaftspflegeaktivitäten, bei Müllsammelaktionen, als Unterstützungskräfte bei Festen und Feiern der Gemeinden usw. Fakt ist, dass es viel mehr Nachfrage als Angebot für solche Tätigkeiten gab. Und der Gipfel der Absurdität war, dass einige Asylwerber, die dadurch um ein paar Euro mehr an Taschengeld verdienten, als die erlaubten 110 €, förmlich bestraft wurden und ihnen die paar Euro von der ohnehin geringen Grundversorgungszahlung abgezogen und einigen Extremfällen sogar die Entlassung aus der Grundversorgung angedroht wurde. Damals war übrigens der heutige 2. Landtagspräsident Waldhäusl „Integrations“-Landesrat. Was **Abg. Schindele/SP** heute als Verpflichtung fordert, war und ist in NÖ längst jahrelange, weitverbreitete Realität auf freiwilliger Basis.

TO-Punkt 4: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Heinreichsberger, MA u.a. betreffend Wehrpflicht stärken – Sicherheit braucht Einsatzbereitschaft

Link zum „Landesverteidigungsbericht 2026/27“

Link zum „Bericht der Wehrdienstkommission 2025“

Mit dem Hinweis auf die globalen Bedrohungen wie internationale Spannungen, Cyberangriffe, wirtschaftliche Erpressungsversuche und Kriege macht **Abg. Bernhard Heinreichsberger/VP** eingangs deutlich, dass Sicherheit nicht selbstverständlich sei. In Europa habe die lange

Friedensphase zu einer Reduktion der Verteidigungsausgaben, damit zu einem Abbau militärischer Fähigkeiten geführt und gibt zu bedenken, dass auch die österreichische Neutralität ohne ausreichende Verteidigungsfähigkeit keinen Schutz garantiere. Daher seien die Ergebnisse der von Verteidigungsministerin Tanner eingesetzten Wehrdienstkommission richtungsweisend. Diese dort vorgeschlagene Reform des Wehrdienstes, mit Verlängerung des Grundwehrdienstes würde den jungen Menschen die notwendigen Fähigkeiten, die Routine und Handlungssicherheit für den Ernstfall vermitteln. Dadurch ließe sich die Verteidigungsfähigkeit Österreichs nachhaltig stärken. Daneben betont *Abg. Heinrichsberger* aber auch die Bedeutung des Bundesheeres für Einsätze der Grundwehrdiener in Krisen (z. B. Hochwasser 2024) und seine wichtige Rolle als Arbeitgeber und wichtiger Wirtschaftstreiber.

Für *Abg. Christoph Müller/Neos* brauche Freiheit Sicherheit. Seine Generation sei zu Ende der 90er-Jahre in eine Welt hineingeboren worden, charakterisiert durch das epochale Buch „*End of History*“ (*Fukuyama*), mit dem Bewusstsein: die freie Marktwirtschaft habe gesiegt, ebenso habe die Demokratie und der Freie Westen gewonnen. Man müsse auch verstehen, dass die Neutralität allein Österreich nicht schützen könne. Bis 2022 habe man sich auch in Europa zu sehr auf den transatlantischen Schutzschirm verlassen. Der Abgeordnete stellt die **(nicht belegbare/Anm.#zH)** These auf, dass Russland nach Beendigung des Ukrainekrieges ein weiteres EU- oder NATO-Land angreifen würde.

Und für den Ernstfall gibt er zu bedenken, dass auch bei ausreichendem Personalstand eine Mobilmachung des Bundesheeres zwei Monate dauern würde. Daher setzen sich die Neos mit Nachdruck für eine Europäische Verteidigung ein. Sie würden dabei das Schwedische Modell befürworten: mehr Sicherheit durch Professionalisierung, aber dadurch auch mehr Motivation bei gleichzeitig längeren Dienstzeiten.

Eine Welt in Aufruhr sieht *Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne*. Denn der Krieg sickere langsam nach Europa durch und das heißt für ihn im Klartext: man führe Krieg gegen Europa. Er meint auch, Russland und China würden ganz offen an ihren Weltmachtphantasien arbeiten. Diese Mächte wollten eine Ordnung, wo nicht mehr das Recht zählt, sondern die Stärke. Auf der anderen Seite gebe es einen Trump, der Geopolitik wie ein Erpresser betreibe.

Für Österreich seien all diese Entwicklungen brandgefährlich und wer neutral ist, müsse sich in einem solchen Umfeld selber verteidigen. *Abg. Hörlezeder* plädiert für ein modernes Heer und kritisiert die Selbstblockierung der Bundesregierung in Bundesheer-Angelegenheiten. Aufgrund der dramatischen Veränderungen in der modernen Kriegsführung, wäre es seiner Meinung nach sinnvoller, darüber nachzudenken, welche Technologien brauche es, und danach erst über die Dauer des Grundwehrdienstes zu entscheiden. Der Grün-Abgeordnete hält es für völlig verkehrt, die Reihenfolge umzudrehen. Zuerst sollte man sich über die Strategie einigen und erst danach die Ausbildungszeiten festlegen. Ein attraktives Bundesheer sei eine langfristige, strategische Entscheidung. Und es brauche eine entsprechende Attraktivität, damit die Leute nicht nach der Ausbildung gleich wieder in andere Jobs abwandern.

Wenn von den Vorrednern die Sicherheit strapaziert wurde, dann verweist *Abg. René Pfisterer/SP* auf die von einer Schwarz-Blauen Regierung abgeschafften Milizübungen. Ihm gehe es um Glaubwürdigkeit, wenn man hier Sicherheitspolitik einfordere. Und er kritisiert weiters die Vorgehensweise bei der Wehrdienstreform. So sei der Auftrag für die Kommission gewesen, ein ergebnisoffenes Papier vorzulegen. Im Sommer 2025 präsentierte dann aber *Verteidigungsministerin Tanner* fixe Vorgaben aus dem Reformentwurf, die einer Volksabstimmung vorgelegt werden sollten. Für ihn könne diese Vorgangsweise politisch und strategisch in Ordnung sein, dies ersetze aber keine echte Reform. Auch die SPÖ sei für eine Verlängerung,

aber verbunden mit kontinuierlichen Übungen über mehrere Jahre. Es sollte aber auch laufende Übungen für Zivildienstler geben zur Stärkung des Zivilschutzes, bei Katastropheneinsätzen, bei der Pflegeunterstützung und bei gesellschaftlicher Resilienz.

Für *Abg. Pfister* lautet die zentrale Frage nicht, wie lange der Dienst, sondern wie wirksam das System sei. Man sollte nicht den einfachsten Weg gehen, sondern den Weg, der die Landesverteidigung stärkt: militärisch, zivil und vor allem auch gesellschaftlich.

Für **Abg. Jürgen Handler/FP** herrsche seit Jänner, wo man schon einmal dieses Thema diskutiert habe, von Regierungsseite her Stillstand. Es gebe nur Verzögerungen und Ausreden. Im Bundesheer warte man auf politische Entscheidungen, denn die Empfehlungen der Wehrdienstkommission lägen längst auf dem Tisch. Angesichts der drastisch veränderten Sicherheitslage mit hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und geopolitischer Unsicherheit fehle eine klare Strategie für den Ausbau des Bundesheeres.

Und der FP-Abgeordnete macht sich Sorgen, dass trotz des höchsten Heeresbudgets aller Zeiten, Stellen bis 2032 gestrichen werden sollen und zitiert aus dem aktuellen Landesverteidigungsbericht 2026/27. Dieser sei weniger ein Erfolgsbericht, als vielmehr das Eingeständnis massiver Defizite, die z.B. gleich beim Personal-mangel sichtbar würden. Allein bis 2032 benötige das Bundesheer rund 25.000 Planstellen. Der aktuelle Personal-Plan sehe aber keinen Aufbau, sondern sogar einen Abbau von Planstellen vor. Hier sei vom Abbau von 500 Planstellen die Rede, was massive Auswirkungen auf den von der Wehrdienstkommission geforderten Ausbau des Milizsystems hätte.

Als weiteren wunden Punkt erwähnt der Abgeordnete aus dem Bericht die Mobilmachung, die zurzeit unzureichend sei. Denn die derzeitige Mobilmachungsstärke betrage nur 55.000 Mann, bis 2033 sei das Ziel 75.000. Angesichts der Säumigkeit der Bundesregierung werde sich aber die Zielvorgabe von 110.000 Mann bis

2040 in diesem kurz bemessenen Zeitrahmen sicher nicht realisieren lassen.

Weiters beklage der Landesverteidigungsbericht laut *Abg. Handler* auch die Personalabwanderung. So würde das Bundesheer allein bis 2034 ca. 1.000 Offiziere, 3.600 Unteroffiziere und 4.600 Zivilbedienstete aus dem Dienst entlassen. Weiters gebe es massive Ausrüstungslücken, wie z.B. fehlende Schützenpanzer, Gebirgsfahrzeuge oder Drohnenartillerie.

Im Hinblick auf die Personalvorgaben im Aufbauplan würden viel zu wenige nachrücken. Der Abgeordnete sieht das Problem vor allem bei der niedrigen Entlohnung und den familienfeindlichen Dienstzeiten, diese müssten dringend attraktiver gestaltet werden.

Aber nicht nur beim Kaderpersonal sieht *Abg. Handler* massive Defizite auf das Heer zukommen. Es gebe auch zu wenig Grundwehrdienstler, nämlich 15.000 pro Einrückungstermin, von denen viele durch psychische Erkrankungen oder mangelnde Fitness untauglich seien. Daher mahnt Handler einen verstärkten Sportunterricht an den Schulen ein.

Folglich mache er sich auch keine Illusionen über die Umsetzung des Planes der Wehrdienstkommission: Es werde geprüft und diskutiert, statt gehandelt und auf Zeit gespielt, statt Verantwortung zu übernehmen. *Abg. Handler* verlangt endlich Klarheit, nicht ohne mit einem Seitenhieb auf die Unterlassungen von ÖVP-Verteidigungs- und -Finanzministern hinzuweisen.

So ließen die von Experten wieder angesprochenen „Finanzierungslücken“ an einer klaren Strategie für den Ausbau des Bundesheeres und dessen Einsatzbereitschaft zweifeln, meint *Abg. Handler* in seinem eher pessimistischen Resümee.

#zusammenhaltNÖ weist auf eine KURIER-Schlagzeile vom 12.Juni 2026 hin: Heer: 2032 „voll verteidigungsfähig“. Das Heeresbudget werde von 5,16 Mrd. € im Jahr 2026 auf 5,43 Mrd. € im Jahr 2028 anwachsen. Bis 2032 sollen Militärausgaben sogar auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen.

Das wären aktuellen Prognosen zufolge über 12 Mrd. € pro Jahr, kritisieren [Attac](#) und [WILPF](#). **#zusammenhaltNÖ** hält fest, dass Verteidigung kein länderspezifisches Thema ist und im Nationalrat diskutiert werden muss. Außerdem fragen wir uns, wo dann jährlich 12 Mrd. € (!) eingespart werden sollen, um diese Aufrüstung zu finanzieren. Vielleicht im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich? Das wäre fatal!

Um seine Bevölkerung zu schützen brauche Österreich ein starkes und einsatzbereites Bundesheer, meint auch **Abg. Franz Mold/VP**. Denn die Entwicklungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nicht selbstverständlich seien. Für ihn seien die 49 Empfehlungen mit den drei Modellen zur Weiterentwicklung der Wehrpflicht ein wichtiger Beitrag, um die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres weiter zu stärken, mit allgemeiner Wehrpflicht und Milizsystem. Dadurch wolle man das technische Wissen der Truppe auf dem neuesten Stand der technischen Entwicklung halten. Und er bemüht im Hinblick auf die allgemeine Bedrohungslage das Motto *“Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen!”*

Der Abgeordnete lobt das von der Wehrdienstkommission vorgeschlagene Modell *„Österreich Plus“*, das die militärische Einsatzbereitschaft und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Zivildienstes stärkt. Dieser sei nicht nur eine tragende Säule des Sozialsystems und des Rettungswesens, sondern vor allem auch ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft. Gerade der Zivildienst ermögliche jungen Menschen, wertvolle Erfahrung im Umgang mit alten, kranken und hilfsbedürftigen Menschen zu sammeln. In seinem Plädoyer für den Zivildienst begrüßt der Abgeordnete auch die Verlängerung, um noch besser für die zivile Landesverteidigung ausgebildet zu sein: für Rettungswesen, Pflege und Betreuung, Katastrophenschutz, sowie Organisation der kritischen Infrastruktur. Die Mittel für diese Reform seien vorhanden und es sei laut **Abg. Mold** das höchste Heeresbudget seit Jahren.

Zusatzinformation

[Sparschiene statt Rüstungsoffensive heißt der neue Kurs beim Bundesheer | Nachrichten.at](#), 15.06.2026
[PressReader.com | Heer: 2032 „voll verteidigungsfähig“](#), KURIER, 12.06.2026

[Für Österreichs Industrie: Wirtschaftsminister will Aufrüstung und Neutralität vereinbaren](#), Mein Bezirk, 28.03.2026

[Für Österreichs Industrie: Wirtschaftsminister will Aufrüstung und Neutralität vereinbaren](#), OE24, 11.03.2025

[Kann Österreich jetzt noch schneller aufrüsten? - Heer & Zivildienst - derStandard.at > Inland](#), 06.03.2025

[TO-Punkt 5: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2025](#)

Link zum [Wirtschaftsbericht Niederösterreich 2024](#), Amt der NÖ Landesregierung, Abt. für Wirtschaft, Tourismus und Technologie

Link zum [Prüfbericht: Prüfung des Rechnungsabschlusses NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds](#), Deloitte, 31.12.2025

Die Debatte zum Tagesordnungspunkt Wirtschafts- und Tourismusfonds eröffnet Berichtserstatter **Abg. Hermann Hauer/VP** mit dem Hinweis, dass trotz schwieriger internationaler Umstände Niederösterreichs Wirtschaft 2025 ein Wachstum von 0,7 % erzielt habe und auch die Arbeitslosenquote mit 6,6 % unter dem österreichischen Durchschnitt liege. Im Jahr 2025 seien über 800 Projekte mit einem Volumen von 760 Mio. € unterstützt worden, wobei der Schwerpunkt der Förderung auf KMUs, Digitalisierung und regionaler Entwicklung gelegt wurde. Das Land setze weiterhin auf Forschung, Innovation und Nachhaltigkeit.

Im Tourismus habe man die Aktivitäten auf nachhaltigen Qualitätstourismus gerichtet, ebenso auf regionale Kulinarik, sowie die Förderung von Natur- und Kulturerlebnissen durch die Stärkung des ländlichen Raumes. Zusammenfassend gebe der Bericht Zeugnis für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die den Wirtschaftsstandort Niederösterreich nachhaltig absichere.

Im vorliegenden Bericht will **Abg. Indra Collini/Neos** eher den Blick zurück als eine Vorwärts-Strategie erkennen. Denn Niederösterreich sei ebenfalls von den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen betroffen und daher müsse der „*Wirtschaftsmotor wieder in Gang gebracht werden*“. Für **Abg. Collini** verfüge das Land mit seinen erfolgreichen Unternehmen, engagierten Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen über ein großes Potenzial. Sie appelliere daher an die Politik, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Nur dadurch könne dieses Potenzial auch Wohlstand schaffen. Für **Abg. Collini** stelle sich die entscheidende Frage, inwieweit die NÖ Landesregierung aus der aktuellen wirtschaftlichen Realität Konsequenzen ziehe. Denn langfristig könne nur eine starke und wachsende Wirtschaft, die nicht ständig neue Lasten aufgebürdet bekomme, steigende Einnahmen bringen und größere budgetäre Spielräume ermöglichen.

In der Senkung der Lohnnebenkosten durch die Bundesregierung sehe sie ein positives Signal, jedoch brauche es eine „*Entschlackungskur im Land*“, eine Senkung der Parteienförderung und eine „*Fördertaskforce*“, die die vielen Förderungen überprüfe. Denn man wisse gar nicht mehr, was man alles fördere und ob man dadurch die gesetzten Ziele überhaupt erreiche. Auch das Dickicht an über 50 Gesellschaften, an denen NÖ beteiligt sei oder die landesnahen Gesellschaften, in denen „*Geld verbrannt*“ werde, gehöre durchforstet. Es brauche ein Konsolidierungspaket und eine Entbürokratisierung der Verwaltung. Für die Bewältigung der anstehenden, zukünftigen Herausforderungen könne sie jedoch im Landesbudget 2027/28 keine ausreichenden Antworten erkennen.

Abg. Georg Ecker/Grüne eröffnet seine Rede mit Dank an die Ersteller*innen des Berichts und meint, man könne daran erkennen, dass man an die Zukunft denke. Denn in diesem Wirtschaftsbericht würden sich grüne Anliegen wie Kreislaufwirtschaft und grüne Transformation wiederfinden. Projekte zur ökologischen Transformation und digitale Innovation seien

als die größten Wachstumsfelder im Land erkennbar. **Abg. Ecker** begrüßt diese Richtung und Niederösterreich müsse da eine Vorreiterrolle einnehmen. Neben all den positiven Ansätzen bezeichne er aber als großes Problem die Diskrepanz zwischen den Worten des Berichts und der politischen Realität im Land. Als Beispiel erwähnt er die NÖ Forschungsquote von nur 1,8 % des Brutto-Regionalprodukts gegenüber 3,3 % Österreich-Schnitt. In Zukunft liege das Wachstum bei erneuerbaren Energien, aber die Landesregierung halte immer noch an alten Technologien wie Verbrennungsmotoren und Gasheizungen fest. Und Innovation, Leistung und grüne Transformation sollten laut **Abg. Ecker** nicht nur schöne Schlagworte sein, sondern müssten in Niederösterreich endlich mit Leben erfüllt werden.

Der Bericht sei für **Abg. Franz Schnabl/SP** jedes Jahr gleich, obwohl jetzt wirtschaftlich unsichere Zeiten angebrochen seien. Aufgrund der unbefriedigenden Zahlen (Inflationsrate 3,7 %, Wirtschaftswachstum 0,6 %, hohe Arbeitslosenquote) sollte die Landesregierung den Bericht eigentlich nicht zur Kenntnis nehmen, sondern darin eine Empfehlung für Verbesserungen, Ziele und Optimierung in einigen Bereichen sehen, meint **Abg. Schnabl**. Seine Partei habe auch einer Wirtschafts-Strategie im Land zugestimmt, die Standortprofilierung stärken wolle, damit das Land Forschungs- und Start-up-Standort Nummer Eins werden könne. Wirtschaft brauche Optimismus und daher plädiert er auch für klare Prioritäten und tatkräftige Initiativen. Denn Gesellschaft und Sozialstaat könnten nur gedeihen, wenn die Wirtschaft wächst.

Für **Abg. Philipp Gerstenmayer/FP** zeige der Bericht, dass die NÖ Wirtschaft leicht wachse, die Beschäftigung soweit stabil bleibe und auch die Unternehmungsgründungen leicht gestiegen seien. Daneben dürfe man aber nicht übersehen, dass viele Betriebe stark unter Druck seien durch hohe Energiepreise, steigende Personal- und Produktionskosten, geopolitische Verwerfungen sowie anhaltende Schwäche

wichtiger Exportmärkte. Viele Unternehmen würden auch über Belastung durch Bürokratie und langwierige Verfahren klagen. Viele dieser Probleme könne Niederösterreich aber nicht lösen, da sei die Bundesregierung gefordert.

Von der ersten österreichischen Satelliten-Mission berichtet **Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP**. Sie sehe darin eine wahre Sternstunde für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich und auch Beweis dafür, dass sich in punkto Innovation in NÖ einiges tue. Für **Abg. Zeidler-Beck** beweise der Wirtschaftsbericht die Resilienz der NÖ Wirtschaft, dass diese breit aufgestellt sei und auch in schwierigen Zeiten auf einem starken Fundament stehe.

Eine positive Entwicklung will die Abgeordnete an den Zahlen für 2025 erkennen. So habe es nach Jahren der Rezession wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum gegeben. Es wurde eine Kehrtwende geschafft, denn die Arbeitslosenquote sei gesunken und die Unternehmensgründungen auf das Rekordniveau von 7.321 gestiegen. Dennoch seien gerade in diesen wirtschaftlich so herausfordernden Zeiten für die Betriebe gezielte Unterstützungen und Förderungen durch die Politik unerlässlich. Der größte Bereich an Förderung entfalle laut **Abg. Zeidler-Beck** auf Dig4Wirtschaft, sodann auf Umweltberatungen und weiters auf das Impulsprogramm für unternehmerische Investitionen. Dabei komme es aber nicht auf die Höhe der Förderung an, sondern auf die Dringlichkeit.

Zusatzinformation

[PressReader.com | Satellit aus NÖ: Trägerrakete für Start-ups](#), KURIER, 13.06.2026

[ESA-Satellit hebt mit niederösterreichischer Technik ab - Land Niederösterreich](#), 20.04.2026

[TO-Punkt 6: Vorlage der Landesregierung betreffend Universitätsklinikum Tulln, Sanierung und Umsetzung des NÖ Gesundheitsplans 2040+](#)

Links zu [Vorlage](#) und Technischen [Beilage](#)

Nach dem Berichterstatter **Abg. Christoph Kaufmann/VP** ergreift als erste Rednerin **Abg.**

Edith Kollermann/Neos das Wort und meint, dieser Antrag zeige deutlich die zentrale Herausforderung des Gesundheitssystems: wie können bestehende Klinikstandorte fit für die Zukunft gemacht werden. Tulln sei ein wichtiger Versorgungs- und Ausbildungsstandort, allerdings würden Teile der baulichen und funktionalen Strukturen aus einer Zeit stammen, die den Anforderungen eines modernen Klinikbetriebes nicht mehr entsprechen würden. Der OP-Bereich, die Notfallversorgung und auch die Infrastruktur und Abläufe müssten modernisiert werden. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die Sanierung notwendig sei. Problematisch sei aber für ihre Fraktion die Vermischung von zwei Themen im Antrag – nämlich die notwendige Sanierung des Klinikstandortes und die Umsetzung des Gesundheitsplans NÖ 2040+. Im Ausschuss sei erläutert worden, dass natürlich jede Sanierung im Einklang mit dem Gesundheitsplan stehen müsse, aber die beiden Bereiche müssten trotzdem getrennt betrachtet werden. Der Gesundheitsplan beinhalte weitreichende politische Entscheidungen, die nicht im Rahmen eines Bauprojekts behandelt werden. Neos würden zwar die Notwendigkeit der Sanierung des Universitätsklinikums Tulln befürworten, könnten aber dem Antrag aus den genannten Gründen nicht zustimmen. Ihre Fraktion erwarte eine klare Trennung zwischen Sanierung und Strukturreform. Außerdem vermisse sie, dass die Finanzierung nicht in den Projektantrag integriert worden sei. Ein ähnliches Versäumnis habe der Landesrechnungshof bereits beim Klinikum Wiener Neustadt kritisiert.

Klubobfrau Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne sieht die Notwendigkeit für die Sanierung des Klinikums Tulln für die Menschen der gesamten Region, meint aber die Sanierung stehe in keinem Zusammenhang mit dem Gesundheitsplan 2040+. Im Ausschuss sei vom zuständigen Vertreter aus dem Amt der NÖ Landesregierung klar kommuniziert worden, dass es um den regionalen Strukturplan gehe. Sie stellt daher einen **Abänderungsantrag** zum [Antrag des Wirt-](#)

[schafts- und Finanzausschusses](#) in dem „Umsetzung des NÖ Gesundheitsplans 2040+“ gestrichen ist. Dieser Antrag wird aber neben den Grünen nur von der SPNÖ unterstützt.

Die für den Bezirk Tulln zuständige **Abgeordnete Doris Hahn/SP** stellt fest, ihr Bezirk sei eines der am stärksten wachsenden Gebiete NÖs, was eine enorme Verantwortung für die gesamte Infrastruktur mit sich bringe. Das medizinische Angebot müsse mit diesem Wachstum Schritt halten, im Sinne der Patient*innen und Mitarbeiter*innen. Die Abgeordnete zählt eine Reihe notwendiger Änderungen auf und kündigt an, dass ihre Fraktion genau hinschauen und kontrollieren werde, ob das Projekt wie vorgesehen umgesetzt und den Anforderungen der Zukunft standhalten werde.

Auch **Abg. Richard Punz/FPÖ** betont die Notwendigkeit der Sanierung und Weiterentwicklung des Klinikums Tulln als zentrales Projekt für die Gesundheitsversorgung in der Region NÖ Mitte. Das Klinikum sei ein regionales Grundversorgungs Krankenhaus, erfülle aber auch überregionale Versorgungsaufgaben. Es sei die Schwerpunkt klinik im Klinikverband Tulln – Klosterneuburg und ein bedeutender Ausbildungs- und Forschungsstandort. Gerade deshalb sei es notwendig, diesen Standort baulich, organisatorisch und medizinisch weiterzuentwickeln.

Der Gesundheitsplan sehe für dieses Universitätsklinikum eine klare Schwerpunktfunktion vor. Damit verbunden seien Investitionen in eine leistungsfähige Struktur. Es sei mit ca. 134 Mio. € eine große Investition, aber eine Investition in Versorgungssicherheit, Qualität, aber v.a. in die Zukunftsfähigkeit der Region.

Als letzter Redner spricht der ebenfalls aus dem Tullner Bezirk stammende **VP-Mandatar Bernhard Heinrichsberger** und nennt eine Fülle an Fakten und Zahlen in Zusammenhang mit der (Weiter-)Entwicklung des Klinikums Tulln von der Gründung im Jahr 1984 bis heute. Er geht dann auf die Demographie ein, erwähnt, dass die Menschen immer älter werden, die chronischen Krankheiten zunehmen würden und die

medizinische Betreuung immer intensiver werde. Daher müsse man mit den baulichen Maßnahmen nachziehen.

Der Abgeordnete geht dann auf einige Details der Erweiterung ein und hält fest, dass es sehr wohl eine Korrelation mit dem Gesundheitsplan gebe, denn seit Jahresbeginn würden Klosterneuburg und Tulln einen gemeinsamen Weg im Rahmen des Kliniken-Verbundes gehen. Es würde nicht nur in ein Gebäude investiert werden, sondern in die Patient*innen und die Mitarbeiter*innen, in die Forschung und schlussendlich auch in die Gesundheitsversorgung der nächsten Generation.

[TO-Punkt 7: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 2: 2026 bis 2030](#)

Link zu [Vorlage der Landesregierung](#)

Link zu [NÖ KLIMA- UND ENERGIEPROGRAMM 2030](#) 2026 bis 2030 MASSNAHMENPERIODE 2

Nach der Verlesung der Vorlage zum Tagespunkt 7 durch **Abg. Mario Wührer/VP** leitet **Abg. Christoph Müller/Neos** die Debatte ein. Dabei erwähnt er lobend die bisherigen Maßnahmen im Bereich landeseigener Gebäude wie Ladestellen für E-Autos, Umstellung auf Wärmepumpen, nachhaltige Beschaffungsgesetze sowie das Bekenntnis zur Klimaneutralität in der Landesverfassung. Er hebt weiters die nach oben korrigierten Ausbauziele für erneuerbare Energie positiv hervor. Da habe man schon vor einiger Zeit einen ambitionierten Schritt getan, denn Photovoltaik sei von 3000 GWh auf 4500 GWh und die Windkraft von 4150 GWh auf 8000 GWh gestiegen.

Aber neben diesen positiven Aktivitäten macht **Abg. Müller** beim Blick ins Detail einige Schwachstellen aus. Denn wenn von den 300 Maßnahmen in dem hundertseitigen Papier 45 als Briefe an die Bundesregierung, also Wünsche an jemanden anderen, delegiert werden, dann erscheine ihm das Programm des Landes NÖ gleich nicht mehr so ambitioniert. Für den Neos-Abgeordneten ist das Papier daher kein

Fahrplan, sondern aufgrund schwammiger Formulierungen eher eine Absichtserklärung.

Es fänden sich viele kleine Bausteine, aber die großen politischen Entscheidungen würden fehlen. Diesbezüglich erwähnt er drei Beispiele, nämlich Bodenversiegelung, notwendige Änderungen in der Raumordnung oder auch im Bereich der Verkehrsplanung und Ausbauzielen bei erneuerbarer Energie. Die Ausbauziele seien nach oben korrigiert worden, wenn es aber darum geht, wo konkret z.B. Windkraftanlagen installiert werden könnten, dann verliere sich der Text für *Abg. Müller* eher in ausweichenden Formulierungen.

Die Klimapolitik sei nach Ansicht von **Abg. Helga Krismer-Huber** seit einiger Zeit in den Hintergrund getreten. Dies sei auch auf Bundesebene spürbar mit Auswirkungen auf Niederösterreich z.B. beim Ausbau der Bahninfrastruktur.

Den Bau des Lobautunnels könne ihrer Meinung nach überhaupt nur jemand mit *„ministerieller Brille aus der Wiener Perspektive“* gutheißen.

Während sie die Entwicklung für Windkraft und Photovoltaik in Niederösterreich sehr positiv sieht, bemängelt sie den etwas lockeren Zugang zur Reduktion fossiler Energieträger. Handlungsbedarf ortet sie beim Thema Bodenverbrauch, was die Menschen im Land doch sehr bewege. Und bei der Mobilität verstecke sich die Landesregierung ihrer Meinung nach hinter *„Projektieren und Pilotieren“*.

Der Ausbau der erneuerbaren Technologien müsse nach Meinung von **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** leistbar und sozial verträglich sein. Um Niederösterreich und Österreich insgesamt unabhängiger und wirtschaftlich krisenfester zu machen, müsse man verstärkt als Ziel die Selbstversorgung verfolgen. Potenzial erkenne sie noch in der Windkraft. Beim Versuch, in einigen Gemeinden Projekte umzusetzen, vermisste sie aber die Unterstützung durch das Land. *Abg. Suchan-Mayr* möchte in Zukunft Energiegemeinschaften forcieren und gleichzeitig verstärkt Stromspeicher ausbauen. Wei-

ters fordere sie Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wie Verbesserung des Katastrophenschutzes, Regenwasser-Management und die Stärkung kommunaler Resilienz.

Als Replik auf *Abg. Krismer-Huber* verteidigt **Abg. Dieter Dörner/FP** aus niederösterreichischer Perspektive natürlich die Notwendigkeit des Lobautunnels.

Die Energiepolitik müsse seiner Meinung nach leistbar sein, dürfe Bürger*innen und Gemeinden nicht belasten, müsse versorgungssicher sein und im Interesse der Menschen umgesetzt werden.

Es gehe ihm vor allem um Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Unabhängigkeit von Energie-Importen. Die FP würde der Vorlage zustimmen, dennoch kritisch im Hinblick auf den Ausbau der Windkraft bleiben.

Dörner schwärmt von der Geothermie als Energie-Quelle der Zukunft: sie sei heimisch, stärke daher die Unabhängigkeit, sei regional nutzbar und schaffe lokale Wertschöpfung, obendrein könne sie flächenschonend umgesetzt werden.

Während **Abg. Christoph Müller/Neos** bei seiner nochmaligen Wortmeldung die Geothermie besonders zur Wärmegewinnung hervorhebt, sie aber für die Stromerzeugung wegen ihrer Ineffizienz als *„Schwachsinn“* ablehnt, holt **Abg. Josef Edlinger/VP** das Land NÖ im Hinblick auf Vorbildwirkung vor den Vorhang. Denn seit 2005 habe NÖ die Treibhausgas-Emissionen um 35 % senken können und sei damit das Bundesland mit der höchsten Reduktion von Treibhausgasen. Wirtschaft und Klimaschutz konnten entkoppelt werden, denn gleichzeitig mit der Senkung der Treibhausgase stieg das Brutto-Regionalprodukt des Landes um 25 %. Daher ist der Abgeordnete überzeugt, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum seien kein Widerspruch. *Abg. Edlinger* behauptet weiters, dass auch bei den Menschen die Energiewende angekommen sei und sie daher mitgehen würden. Denn sie wüssten jetzt, dass sie damit unabhängiger und widerstandsfähiger werden könnten und als positiver Nebeneffekt bleibe die Wertschöpfung vor Ort. Als wichtige

Partner bei der Energie-Wende hätten die Gemeinden schon viele Maßnahmen umgesetzt. Auch alle Landesgebäude würden bereits ölfrei beheizt. Nach Aussage von *Abg. Edlinger* müssten aber auch die alternativen, innovativen Energieträger wie Wasserstoff und Geothermie stärker forciert werden.

Zusatzinformation

[Geothermie — Erneuerbare Energie Österreich](#), Erneuerbare Energie Österreich, o.D.

[Geothermie | Umweltbundesamt](#), 20.02.2025

[Wie wird mit Geothermie Strom erzeugt? • Erneuerbar](#), o.D.

[Bundesverband Geothermie: Stromerzeugung](#), o.D.

[Geothermie - wie sinnvoll ist Stromerzeugung aus Erdwärme? - strompur.de](#), o.D.

TO-Punkt 8: Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Kindergartengesetzes 2006 (NÖ KGG)

Link zum [Motivenbericht](#)

Link zur [Textgegenüberstellung NÖ Kindergartengesetz 2006 – geltende Fassung und Fassung der gegenständlichen Novelle](#)

Abg. Indra Collini/Neos meint, das auf den ersten Blick kompliziert und technisch erscheinende Thema sei im wahrsten Sinn des Wortes ein fundamentales Thema. Es gehe darum, welche Ausbildungen die Personen mitbringen müssten, um die Kleinsten am Start ihres Bildungsweges zu begleiten. In der Ausbildung der Elementarpädagogik habe sich einiges getan. Es würde nicht nur mehr Elementarpädagog*innen brauchen, daher gebe es neue Ausbildungswege mit mehr Durchlässigkeit, die genau das ermöglichen sollten, sondern es brauche auch hervorragend ausgebildete Elementarpädagog*innen. Der Kindergarten sei kein Aufbewahrungsort, er sei die erste und vielleicht auch wichtigste Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes, weil er das Fundament für den späteren Bildungsweg lege. Der Beruf der Elementarpädagog*innen sei lange Zeit unterschätzt worden. Deshalb werde mit dieser Novelle ein wichtiger Schritt zur Professionalisierung gemacht, über akademische Ausbildungen, über Bachelorstudien, Universitäts- und

Hochschullehrgänge, Ausbildungen an Pädagogischen Hochschulen bzw. Fachhochschulen, die als fachliche Anstellungserfordernisse verankert würden.

Für die Praxis würde das mehr Elementarpädagog*innen bringen, denn nach der klassischen Ausbildung der fünfjährigen BAKIP/Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik würden 50 % der Absolvent*innen nie im Kindergarten landen. Die Berufsentscheidung mit vierzehn sei zu früh, die neuen akademischen Wege und Ausbildung, die Kollegs, würden Erwachsene ansprechen, die bewusst diese Entscheidung treffen, in dieses Berufsfeld gehen zu wollen.

Die Abgeordnete betont weiters die Durchlässigkeit, z.B. für Praktiker*innen, die bereits in diesen Gruppen arbeiten und nun über einen klar geregelten Weg zu einer vollwertigen Qualifikation kommen könnten. Wünschenswert wäre ein bundesweit einheitlicher Qualitätsrahmen mit einem deutlich reduzierten Betreuungsschlüssel. Für eine qualitätsvolle Elementarpädagogik sei laut Forderung von Expert*innen ein Betreuungsschlüssel 1:7 notwendig, anstelle von 1:22, wie dies jetzt öfters der Fall sei. Es brauche daher eine bundesweite Qualitätsoffensive, denn die Bildungschancen von Kindern dürften nicht von der Postleitzahl abhängen.

Die **SP-Abgeordnete Kerstin Suchan-Mayr** begrüßt an der Änderung im Kindergartengesetz die Aufwertung der Ausbildung und sehr wichtige Durchlässigkeit bei allen Berufsbildern in der Elementarpädagogik. Kindergartenbetreuer*innen könnten sich nun über Aufschulungen (**Höherqualifizierung od. Upgrade/Anm.#zH**) zu Pädagog*innen qualifizieren.

Die Abgeordnete deponiert dann die Forderungen ihrer Fraktion nach einer umfassenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung und -bildung ab dem ersten Lebensjahr – kostenlos, ganztägig und ganzjährig. Neben Verbesserungen der Ausbildung müsse es auch Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Elementarpädagog*innen geben. Sie spricht dabei auch die Bezahlung an, die mit der Ausbildung zusammenhänge, aber auch mit der Tatsache,

dass weniger Männer in diesem Berufsfeld zu finden seien. Auch der Betreuungsschlüssel und die Schließtage, die für viele Familien eine Herausforderung darstellten, werden von der Abgeordneten thematisiert.

Schließlich geht sie noch auf die Ungerechtigkeit der kostenfreien „Bildungszeit“ und der kostenpflichtigen „Betreuungszeit“ ein. Kinder würden nicht nur während der Bildungszeit, sondern auch beim Spielen, Singen, Turnen etc. lernen. Man frage sich, warum es den kostenfreien ganztägigen Kindergarten in vielen Ländern und Bundesländern gebe, aber nicht im sogenannten „Familienland NÖ“. Es brauche gleiche Bildungschancen in ganz Österreich.

Nach einer langen Einleitung über Elementarpädagogik und deren Aufgaben stellt **Abg. Anja Scherzer/FP** die Sicht ihrer Partei klar, dass Eltern die freie Entscheidung haben müssten, ob sie ihre Kinder in einen Kindergarten geben oder sie lieber selbst daheim betreuen wollten. Für erstere Fälle müsse sichergestellt sein, dass genügend Plätze mit gut ausgebildeten Pädagog*innen vorhanden seien, für zweitere Fälle müssten faire Rahmenbedingungen geschaffen werden. Fehlendes Personal dürfe nicht zum Hindernis für den Ausbau der Kinderbetreuung werden. Und die Abgeordnete dankt all jenen, *„die eine hochwertige Ausbildung durchlaufen haben oder gerade durchlaufen, um in unseren Kindergärten Verantwortung zu übernehmen. Sie betreuen, begleiten und fördern unsere Kinder und damit die Zukunft NÖs“*.

Die vorliegende Änderung sei kein Qualitätsabbau, sondern ein Schritt, um qualifizierte Menschen rechtssicher in die Einrichtungen zu bringen.

Abschließend sagt die Abgeordnete, ihre Partei stünde für starke Familien, für echte Wahlfreiheit und für eine Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Eltern und Kinder gerecht wird.

#zusammenhaltNÖ erschließt sich nicht, warum eine Höherqualifizierung und Professionalisierung von Personal in Kindergärten zu einem „Qualitätsabbau“ führen sollten. Genau das Gegenteil müsste doch der Fall sein. Was mag Abg. Scherzer damit wohl gemeint haben?

Als letzter Redner stellt **Abg. Lukas Michlmayr/VP** gleich zu Beginn klar, dass diese Anpassung nicht auf Grund einer nö. Initiative erfolge, sondern weil der Bundesgesetzgeber diese Änderungen beschlossen habe und das Land NÖ zur Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben verpflichtet sei.

Auch er hält ein Loblied auf Elementarpädagog*innen für deren herausragende Leistungen, drückt seinen Respekt und seine Anerkennung aus, kündigt aber auch die kritische Beobachtung und Evaluierung dieser Gesetzesnovellierung durch seine Partei an. Weiters äußert er Zweifel, ob durch die von *Minister Wiederkehr* geplanten Maßnahmen der Personalmangel in der Elementarpädagogik reduziert werden könne. Außerdem meint er, *„viele wollen gar nicht studieren, sondern einfach mit den Kindern arbeiten“*. Entscheidend wären die Arbeitsbedingungen, die Attraktivität des Berufsalltags und die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb dieses Berufs.

Und *Abg. Michlmayr* meint ([Video ab Minute 2:33](#)): *„Wir als ÖVP NÖ sehen die zunehmende Akademisierung der Berufsfelder mit einer gewissen Skepsis. Höhere formale Abschlüsse bedeuten nicht automatisch höhere pädagogische Qualität. Gut ausgebildete Elementarpädagogen stehen vor allem zu einer persönlichen pädagogischen Kompetenz, praktische Erfahrung, persönliches Engagement und ausreichend Zeit, um mit den Kindern zu lernen. I kann an Doktor ham in Elementarpädagogik, find oba den Zugang zum Kind ned, dann bringts ma a nix. In da Theorie wissat i wias geht, oba kann min Kind ned guat umgehn. Wia miassn darauf achten, dass die Akademisierung ned zu ana Entwicklung führt, bei dem vor ollem nua die Kosten steign, ohne dass ma an entsprechenden Mehrwert für die Kinder und für unsere Familien und für die Betreuungseinrichtungen nachweisbar wird. Qualität deaf ned hassn, automatisch an den Zahlen der akademischen Titln gemessen zu werden“*.

Abschließend erwähnt der Abgeordnete die positiven Sicherungsmaßnahmen in den Verhand-

lungen, nämlich dass es nach diesem „Piloten“ Evaluierungsmaßnahmen geben müsse und überprüft werde, ob die angestrebten Ziele von *Minister Wiederkehr* auch tatsächlich erreicht würden und welche Auswirkungen diese Neuerungen in der Praxis hätten. Weiters sei festgelegt worden, dass diese Regel nicht unbegrenzt weiterlaufen würde, sondern nach dem Wintersemester 2029 neuerlich überprüft werde und ein gesetzlicher Beschluss auf nationaler Ebene stattfinden müsse. Erfolge dies nicht, so laufe die Möglichkeit wieder aus. Die Wirksamkeit müsse also nachgewiesen werden und die Maßnahmen von *BM Wiederkehr* würden überprüft werden.

#zusammenhaltNÖ ist ob der Argumentation von *Abg. Michelmayr/VP* etwas irritiert. Nach der Logik des Mandatars würde es dann eventuell auch genügen, wenn Volksschul-Lehrer*innen „nicht studieren müssten, weil sie ja nur mit Kindern arbeiten wollten“. Dann könnte man das fünfjährige Bachelor- und Masterstudium wieder rückgängig machen und zu Regelungen der Vergangenheit zurückkehren, als diese Lehrer*innen entweder Absolvent*innen von LBAs/Lehrerbildungsanstalten mit Matura, zwei Praxisjahren und Lehrbefähigungsprüfung waren, oder ab 1962 – nach Einführung der Pädagogischen Akademien - anfangs nur eine zweijährige Ausbildung absolvieren mussten. Das würde allerdings der [Bologna-Studienstruktur](#) widersprechen, die auch in Österreich für alle Lehramtsstudien verpflichtend ist. Außerdem würde es im internationalen Vergleich einen krassen Rückschritt bedeuten und mit Sicherheit nicht die Qualität des österreichischen Bildungssystems heben.

Warum sollen dann nicht auch Elementarpädagog*innen bestens qualifiziert werden, wo sie doch den so wichtigen Beginn des Bildungswegs aller Kinder in Österreich begleiten und fördern sollen?

Es geht doch genau darum, die pädagogische Arbeit mit Kindern aufzuwerten, um das überholte Bild der Tante, die eh nur mit Kindern spielt zu überwinden – vielleicht noch mal darüber nachdenken, Herr Abg.? Die Akademisierung der Elementarpädagogik-Ausbildung ist übrigens schon in zahlreichen EU-Ländern längst Standard. In der Mehrheit der EU-Länder (Schweden, Finnland, Dänemark, Italien, Spanien, Portugal u.a. ist eine akademische Ausbildung auf Bachelor-Niveau (oder höher) bereits gesetzliche Pflicht, um als leitende pädagogische Fachkraft ("Core Practitioner") im Kindergarten zu arbeiten.

Laut den Strukturberichten des europäischen Bildungsnetzwerks [Eurydice](#) gehört Österreich zusam-

men mit einer kleinen Minderheit von Ländern zu den Ausnahmen, in denen die Mindestqualifikation noch unterhalb des Bachelor-Niveaus angesiedelt ist.

Zusatzinformation

[Kindergärten bekommen 2026/27 neue bundesweite Bildungsziele - NÖN.at](#), 28.08.2025

[Neue Empfehlungen und Instrumentarien zur Steigerung der Qualität in der Elementarpädagogik](#), UNICEF, 24.01.2025

[Elementar! Die beste Bildung aller Zeiten - Broschüre | Jänner 2024](#), NeBÖ-Netzwerk elementare Bildung Österreich, Jänner 2024

[Kompetenzrahmen für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen](#), bmb, Wien 2024

[Elementarpädagogik: Die bedeutendste Investition in die Zukunft! - Schule.at |](#), 24.06.2024

[Endbericht – Kinderbetreuung und Elementarpädagogik im internationalen Vergleich: Best Practice Modelle](#), ECO Austria/Institut für Wirtschaftsforschung, Juni 2021

TO-Punkt 9: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hauer, Bors u.a. betreffend keine Beeinträchtigungen durch neues Dienstzeitmanagement im Polizeidienst

Link zu [ursprünglichem SP-Antrag](#), Link zu [§34-er Antrag von VP und FP](#), Link zum [Antrag des Rechts- und Verfassungsausschusses](#)

Für **Abg. Edith Kollermann/Neos** würden sich Polizistinnen und Polizisten attraktive Arbeitsbedingungen verdienen, da sie gute Arbeit leisten. Mit attraktiven Arbeitsbedingungen für diese Berufsgruppe seien wohl faire Bezahlung und fixe Arbeitszeiten gemeint. Durch das neue Dienstzeitmanagement bestehe aber die berechtigte Sorge, Einkommen zu verlieren. Für die Neos-Abgeordnete richte sich der Antrag aber an den VP-Innenminister im Bund. So handle es sich bei diesem Antrag eher um ein Schreiben an den eigenen Minister. Ihm wolle man damit nur ausrichten, dass die Anliegen der Polizistinnen und Polizisten Gehör finden sollten und wie, nach Vorstellung der Volkspartei Niederösterreich, das neue Dienstzeitmanagement ausgestaltet sein solle.

In Sonntagsreden würden laut **Abg. Kathrin Schindele/SP** alle Parteien die Bedeutung der Sicherheit betonen. Mit dem neuen Dienstzeit-

modell würden den Polizistinnen und Polizisten Gehaltseinbußen von mehreren hundert Euro drohen. Die SP-Fraktion fordere daher die Beibehaltung des bisherigen Dienstzeitmodells und eine umfassende Novellierung des geplanten Dienstzeitmodells.

Es müssten daher Einsätze an Wochenenden weiterhin entsprechend abgegolten werden, denn Zulagen und Überstunden machen einen wesentlichen Teil bei den Polizei-Einkommen aus. Da allen Parteien im NÖ Landtag das Wohl der Polizistinnen und Polizisten ein wichtiges Anliegen sei, dürfe keine Reform über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen werden, noch dazu mit zu drohenden Einkommensverlusten, daher auch der **Zusatzantrag** durch die SP-Fraktion. Für *Abg. Schindele* sei es einigermaßen verwunderlich, dass VP und FP sich erst spät mit den Sorgen der Exekutive auseinandergesetzt hätten.

Nach Meinung von **Abg. Andreas Bors/FP** versuche der Innenminister bei gleichzeitiger Verschlechterung der Bezahlung das neue Dienstzeitmodell als Verbesserung zu verkaufen. Bei der Polizei wisse man, dass es dabei eigentlich nur um Einsparungen gehe. Die Polizistinnen und Polizisten hätten laut dem Abgeordneten schon eine „völlig misslungene Flüchtlingspolitik“ und die „verfehlte Corona-Politik“ umsetzen müssen. *Bors* kritisiert dann auch das ohnehin schon zu geringe Grundgehalt der Polizist*innen, und so mancher hätte dann durch Wegfall der Zulagen und Überstunden noch bis zu 800 € weniger am Gehaltszettel. *Abg. Bors* erwähnt auch den geschlossenen Widerstand gegen das neue Dienstzeitmodell aus allen drei Fraktionen der Personalvertretung. Denn die Einkommen dürften nicht sinken, während die Belastungen steigen. Mit dieser Reform, die der Minister noch als Modernisierung verkaufe, verhöhne er eigentlich jene, die für die Sicherheit im Land den Kopf hinhalten müssen. Daher müsse dieses Dienstzeitmodell gestoppt werden und es würden laut *Abg. Bors* auch keine kosmetischen Korrekturen oder PR-Floskeln aus dem Ministerkabinett reichen.

Bors kritisiert in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der SP-Fraktion als „verlogen und falsch“, da *Staatssekretär Leichtfried* ja auch im Ministerium sitze. Für ihn hätten die zwei Regierungsmitglieder in dem Ministerium versagt, *Leichtfried* und *Karner*.

Mit der SP-Fraktion geht *Abg. Bors* dann hart ins Gericht, indem er nachweist, dass bereits am 26. März dieses Dienstzeitmodell im Parlament präsentiert wurde. Schon damals habe es einen Entschließungsantrag der FPÖ gegeben, dass dieses Dienstzeitmodell so nicht weiterverfolgt werden dürfe. Und *Bors* wirft den Sozialdemokraten vor, dass sie damals nicht dagegen gestimmt hätten. Durch ihr damaliges Verhalten hätten sie aber ganz klar gezeigt, „diese Verlierer-Ampel stehe nicht hinter unseren Polizisten, sondern wenn's ernst wird, steht's ihr hinter dem schlechtesten Innenminister aller Zeiten und hinter seinem Belastungspaket“.

Und dann - nach Zwischenrufen - zur VP gewandt „*Kickl war ana der besten Innenminister, na? Naa, er woar ana da bestn. I waß, ihr hobt's Probleme mit eam. I waß auch, mit de Pfeed hobt's Probleme. Aber die gibt's in alle Großstädte [sic!] in Europa. Oba I sag euch nur ans zu de Pfeed, weil euch des imma wieda interessiert. – do muaß' jetzt oba a bissl leiser wearn: **Lieber hab ich Pferde bei der Polizei als Eseln in der Bundesregierung**“ ([Video, Minute 09:04](#))
Dafür kassiert *Abg. Bors* einen saftigen Ordnungsruf durch die 2. Landtagspräsidentin *Schmid/SP*.*

Trotzdem legt *Bors* dann noch nach: „*No is a stures Tier, also I siech nix Negatives, I wünsch ma keine Esel in der Regierung. Des san sture Tiere, die hab'n die Scheuklappen auf, marschieren weiter. Aber des is anfach die traurige Wahrheit, geschätzte KollegEN(!)*“

Für *Abg. Bors* brauche es nicht schöne Worte, irgendwelche Presseaussendungen, sondern Abstimmungen, wie man das im Parlament hätte machen können. Da zähle Handeln und Rückgrat. Aber Rückgrat vermisse er bei dieser Bundesregierung.

Zum Schluss fordere er den Innenminister auf, dieses Dienstzeitmodell zurückzuziehen und dem *Staatssekretär Leichtfried* empfiehlt er, mit seiner Scheinopposition aufzuhören.

#zusammenhaltNÖ ist empört 😡, welcher unterirdischer Ton durch manche Abgeordneten besonders durch eine Partei in den Landtag Einzug hält. Zu Recht hat LT-Präsidentin Schmidt/SP Bors einen Ordnungsruf verpasst. Allerdings erinnern wir uns an den Fall, bei dem der damals vorsitzführende 2. LT-Präsident Waldhäusl/FP einem Neos-Abgeordneten nach drei kurz aufeinanderfolgenden Ordnungsrufen das Wort entzog und einfach das Mikro abdrehte. Und das war aus einem weit geringeren Anlass, als jener von Bors provozierte. Für Zuhörer*innen wäre das in diesem Fall - nach zwei weiteren raschen Ordnungsrufen - mehr als angebracht gewesen, wie es laut [§ 69 \(6\) der Geschäftsordnung LGO](#) auch vorgesehen ist.

Eine im Landtag unwürdig geführte Diskussion will **Abg. Christoph Kainz/VP** erkennen. Es sei eine staatliche Aufgabe, Sicherheit zu garantieren. Für ihn sprächen die Zahlen und Fakten eine eindeutige Sprache. Und *Minister Karner* habe durch seine „*unglaublich erfolgreiche Arbeit*“ den Polizeidienst attraktiver gemacht. **Abg. Kainz** verweist auf das aktuelle Dienstzeitmodell, das aus der Zeit der Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie vor mehr als 20 Jahren stamme. Über Knackpunkte wie Journaldienststunden, Wochenend- und 24-Stundendienste solle es zu einer guten sozialpartnerschaftlichen Lösung kommen, mit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zufrieden sein könnten. Und auch wenn *VP-Innenminister Karner* das neue Dienstzeitmodell lanciert, versichert **Abg. Kainz** vollmundig, dass die VP ohnehin 100 % hinter den Polizistinnen und Polizisten stünde.

Zusatzinformation

[Heftige Kritik an Polizei-Dienstzeit-Reform - noe.ORF.at](#), 15.06.2026

[SPÖ NÖ kritisiert: Polizeireform – Hergovich sieht Einkommensverluste für alle Beamten - Niederösterreich](#), 05.06.2026

[Das neue Dienstzeitmodell der Exekutive geht in Probe – und die Gewerkschaft probt den Aufstand - Inland - derStandard.at](#) › Inland, 28.05.2026

[TO-Punkt 11: Antrag betreffend Hebammen-Beratungstermin als verpflichtenden Bestandteil im Eltern-Kind-Pass verankern](#)

Link zum [Antrag](#) der Grünen; Link zum [ablehnenden Antrag des Gesundheitsausschusses](#)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Georg Ecker/Grüne** kommt als erste Rednerin **Abg. Edith Kollermann/Neos** zu Wort und drückt ihre Wertschätzung für die so wichtige Arbeit von Hebammen aus. Zum Antrag der Grünen sagt sie, er sei gut gemeint, aber politisch nicht zu Ende gedacht. Die Grünen würden eine verpflichtende Hebammenberatung im Eltern-Kind-Pass vorschlagen. Gleichzeitig solle diese Verpflichtung aber ohne Sanktionen eingeführt werden. Eine Verpflichtung ohne Konsequenzen sei keine echte Verpflichtung, das sei ein frommer Wunsch. Entweder sei etwas so wichtig, dass es verbindlich gemacht werde, oder man belasse es bei einem freiwilligen Angebot, das ausgebaut werden könne. Eine Verpflichtung ohne Folgen bleibe Symbolpolitik. Aus Sicht der Abgeordneten gebe es zwei ehrliche Wege: entweder es werde ein kostenloses, niederschwelliges und freiwilliges Angebot geschaffen mit ausreichenden Kapazitäten, so dass jede werdende Mutter unkompliziert Zugang zur Beratung bekomme. Oder man entscheide sich tatsächlich für eine Verpflichtung, dann müsse diese, wie andere Teile des Eltern-Kind-Passes auch ernsthaft ausgestaltet sein und gegebenenfalls auch Auswirkungen auf Leistungen haben, natürlich auch mit Ausnahmen, wenn kein Termin verfügbar sei. Alles andere sei nicht glaubwürdig.

Abg. Kollermann meint, Hebammen würden mehr als symbolische Debatten verdienen, nämlich gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Kapazitäten und eine nachhaltige Einbindung in die Versorgung werdender Familien. Der Zugang der Neos sei klar: sie stünden für eine starke Rolle der Hebammen und für bessere Unterstützung werdender Mütter. Sie stünden aber auch für eine ehrliche Politik und nicht für halbe Lösungen. Ihre Fraktion würde

dem grünen Antrag zustimmen, wenn die Verpflichtung entsprechend ausgestaltet werde. Andernfalls würden sie den negativen Ausschussantrag unterstützen.

Für die Antragsteller*innen der Grünen spricht **Abg. Silvia Moser**. Sie erwähnt die im Antrag ausführlich beschriebene Entwicklung der Idee der Verankerung eines verpflichtenden Hebammenberatungstermins im Eltern-Kind-Pass und die jahrelange Arbeit einer interdisziplinären Facharbeitsgruppe ab 2014 zur Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes. Auf Basis von WHO-Empfehlungen und Analysen des Ludwig Boltzmann-Instituts sei eine verpflichtende psychosoziale Anamnese und Beratung durch Hebammen im ersten Drittel der Schwangerschaft empfohlen worden. Ziel sei es, häusliche Gewalt, psychische Belastungen und soziale Krisen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Weiters sagt die Abgeordnete: *„Jetzt hat die Bundesregierung aus SPÖ, ÖVP und Neos vor, den im neuen elektronischen Eltern-Kind-Pass vorgesehenen verpflichtenden Hebammen-Beratungstermin wieder zu streichen. Und damit wird eine zentrale wissenschaftlich abgesicherte Präventionsmaßnahme in der Schwangerenvorsorge aus Spargründen geopfert, mit massiven Folgen für Frauen, Kinder und das Gesundheitssystem“*. Die Abgeordnete attackiert dann verbal die Neos, die in der Bundesregierung diese Maßnahme inklusive Sanktionen einführen könnten. Sie erwähnt dann, die früher bereits beschriebenen Zielgruppen, z.B. Frauen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende oder Frauen mit Gewalterfahrungen. Sie würden freiwillige Angebote nicht wahrnehmen. Und sie nennt zahlreiche Gründe, warum diese Beratung notwendig sei. An ÖVP und FPÖ kritisiert sie dann, dass diese beiden Parteien ständig die Bedeutung von Familien und Kindern betonten und mehr Anreize gegen die sinkende Geburtenrate forderten. Jetzt diese verpflichtende Hebammenberatung zu streichen, sei ein politischer Widerspruch. Prävention dürfe kein Sparposten sein und die Abgeord-

nete fordert die anderen Fraktionen auf, sich anders zu entscheiden und den Antrag der Grünen zu unterstützen.

Abg. Karin Scheele/SP rekapituliert eingangs die Erfolgsgeschichte des Mutter-Kind-Passes, der 1974 von der damaligen *Gesundheitsministerin Ingrid Leodolter/SP* eingeführt wurde. In Österreich sei dadurch die Säuglings- und Muttersterblichkeit rasch halbiert worden und Österreich sei hinsichtlich Gesundheit vom Ende der Liste der Staaten Europas an die Spitze kapultiert worden.

Die Abgeordnete meint, ihre Fraktion würde den Antrag der Grünen und die Bundesregierung in ihrem Vorhaben unterstützen, das Angebot von Beratungsleistungen zu verdoppeln. Sie thematisiert allerdings auch den Widerspruch im grünen Antrag, einerseits eine Verpflichtung einführen zu wollen, jedoch ohne Sanktionen. Abschließend sagt *Abg. Scheele*, die SPNÖ werde auch den Bund unterstützen, um eines der wichtigsten Vorsorgeprojekte der Republik gut weiterzuentwickeln.

Abg. Edith Mühlberghuber/FP erwähnt, die im Eltern-Kind-Pass vorgesehenen Untersuchungen seien aus medizinischer Sicht wichtige Empfehlungen, aber keine Verpflichtung. Für den vollen Bezug des Kinderbetreuungsgeldes seien jedoch entsprechende Nachweise erforderlich und sie zählt die verpflichtenden Untersuchungen auf und erwähnt weitere freiwillige Angebote, wie die kostenlose Hebammenberatung zwischen der 18. und 22. Schwangerschaftswoche. Diese werde mit dem neuen Untersuchungsprogramm und der Digitalisierung des Eltern-Kind-Passes um eine weitere freiwillige Beratung erweitert werden. Ihre Fraktion halte die Freiwilligkeit für den richtigen Weg. Die Abgeordnete geht dann auf den Antrag der Grünen ein und erwähnt ebenfalls den von ihren Vorredner*innen bereits thematisierten Widerspruch ein. Was verpflichtend sei, brauche in der Praxis irgendeine Form von Kontrolle, sonst sei es keine Verpflichtung, sondern ein Angebot. Zusätzlich irritiere sie, dass die

verpflichtende Beratungsleistung bereits im ersten Schwangerschaftsdrittel stattfinden solle. Das werfe praktische Fragen auf, denn in dieser frühen Phase würden sich viele Frauen noch in den ersten medizinischen Abklärungen befinden. Viele Schwangere würden erst in der 13. Schwangerschaftswoche den Mutter-Kind-Pass ausgestellt bekommen. Eine zusätzliche verpflichtende Hebammen-Beratung dürfe nicht dazu führen, dass werdende Mütter zusätzlich belastet, verunsichert oder bürokratisch unter Druck gesetzt werden. Die FPNÖ lehne die Hebammenberatung nicht ab, ganz im Gegenteil. Auch zu einem späteren Zeitpunkt, einige Wochen vor der Geburt, könne dieses Angebot sinnvoll sein. Ihre Fraktion lehne die Verpflichtung ab und könne daher dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Als letzte Rednerin spricht **Abg. Silke Dammerer/VP** und kritisiert, dass im Antrag die vermeintliche Streichung einer verpflichtenden Hebammen-Beratung behauptet werde und dadurch Unterstützung verhindert werde. Sie ersucht dringend, werdende Eltern nicht zu verunsichern und hält fest, dass es eine verpflichtende Hebammen-Beratung in dieser Form nie gegeben habe. Bereits 2013 sei ein freiwilliges und kostenloses Gespräch im Eltern-Kind-Pass verankert worden. Mit der Einführung einer Verpflichtung hätte dies auch zu Kürzungen des Kinderbetreuungsgeldes geführt, analog zu den verpflichtenden zehn Vorsorgeuntersuchungen im Eltern-Kind-Pass. Im gegenständlichen Antrag werde zwar eine Verpflichtung gefordert, aber ohne Konsequenzen, wenn diese nicht absolviert werde. Damit werde genau das gefordert, was es bereits sei, nämlich ein freiwilliges Angebot. Und dieses Angebot werde nicht, wie behauptet, gestrichen oder weggespart, sondern sogar verdoppelt. Ab 1.10.2026 komme eine zweite kostenlose Hebammen-Beratung hinzu. Das sei eine deutliche und spürbare Verbesserung für werdende Mütter und Eltern.

Im September 2024 sei eine kostenlose Hebammenbetreuung nach Fehlgeburten nach der 18.

Schwangerschaftswoche eingeführt worden. Auch das zeige, dass die Begleitung von Frauen in sensiblen Lebenssituationen kontinuierlich ausgebaut werde.

Abg. Dammerer befürchtet, dass es besonders bei den bereits mehrfach erwähnten vulnerablen Gruppen von Frauen zu Verwechslungen verpflichtender Vorsorgeuntersuchungen mit und ohne Konsequenzen kommen werde. Gerade für diese Frauen brauche es Information, Aufklärung und niederschweligen Zugang zu bestehenden Angeboten. Dem Vorschlag der Grünen über die Ausweitung der Hebammen-Beratung könne sie sehr viel abgewinnen und werde diesem in ihrer Funktion als Landesobfrau von „[Wir Niederösterreicherinnen](#)“ gerne nachkommen.

Die Abgeordnete erwähnt abschließend noch, dass NÖ flächendeckend über engagierte Hebammen und starke Hebammen-Netzwerke wie „[ProMami](#)“ verfüge. Diese würden Familien einfühlsam und kompetent während der gesamten Schwangerschaft, bei der Geburt, im Wochenbett, bei der Stillzeit und Rückbildung unterstützen und begleiten. Und die Abgeordnete dankt allen Hebammen für ihre wertvolle Arbeit.

#zusammenHaltNÖ versteht nicht, warum die verpflichtende Hebammen-Beratung bei Nichterfüllung keine Konsequenzen haben sollte, während alle anderen, im Eltern-Kind-Pass vorgesehenen verpflichtenden Untersuchungen von Mutter und Kind, Voraussetzungen für die Weitergewährung von Kinderbetreuungsgeld sind. Diese (Un-)Logik erschließt sich uns nicht.

Zusatzinformation

[Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen in der Schwangerschaft](#), oesterreich.gv.at, o.D.

[Hebammenberatung mit Eltern-Kind-Pass kostenlos](#): Österreichisches Hebammengremium, 2026

[Hebammen | Gesundheitsportal](#), BMASGK/Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2026

[Eltern-Kind-Pass](#), BMASGK/Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Aktualisierte Version, 26.03.2026

[Beratungspflicht fällt - Hebammenberatung im Eltern-Kind-Pass: Experten warnen vor Streichung - NÖN.at](#), 13.11.2025

[Eltern-Kind-Vorsorge NEU – Mutter-Kind-Pass Weiterentwicklung](#), Ludwig Boltzmann-Institut/Health Technology Assessment, 2018

TO-Punkt 12: Antrag betreffend Gleichstellung des Lehrpersonals und Kostenrefundierung des Bundes für Lehrpersonen im Bereich Pflegeausbildung

Link zum [Antrag](#)

Nach dem einleitenden Bericht zum Antrag durch **Abg. Hermann Hauer/VP** weist **Abg. Edith Kollermann/Neos** in ihrer Wortmeldung auf dieses wichtige Problem hin. Es brauche faire, nachvollziehbare Bezahlung, bessere Planbarkeit und weniger bürokratische Hürden. Es gehe aber vor allem auch darum, Menschen in diesem Beruf zu halten durch mehr Durchlässigkeit und bessere Arbeitsbedingungen, anstatt sie zu überfordern.

Die in den letzten Jahren vielfältiger gewordenen Ausbildungsmöglichkeiten würden nach Meinung von **Abg. Silvia Moser/Grüne** den Zugang zu Pflegeberufen erleichtern. Eine dienstrechtliche Gleichstellung der Lehrenden als notwendige Voraussetzung könne man jedoch noch nicht erkennen. Daher würden die Grünen den vorliegenden Antrag unterstützen.

Als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet **Abg. Richard Punz/FP**, mit diesem Antrag die Pflegeausbildung abzusichern, die Lehrpersonen aufzuwerten und die Verantwortung des Bundes einzufordern. Da die Pflege eine der tragenden Säulen des Gesundheits- und Sozialwesens sei, brauche es neben gut ausgebildeten Pflegekräften Lehrpersonen, die nicht nur über fachliches Wissen verfügen, sondern auch praktische Erfahrung hätten. Es solle mit diesem Antrag nicht nur die Pflegeausbildung abgesichert, sondern auch die Lehrpersonen aufgewertet und die Verantwortung des Bundes eingefordert werden.

Abg. Doris Schmidl/SP sieht in der Pflege eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Eine hochwertige Pflege könne nur dann möglich sein, wenn auch die Ausbildung auf einem hohen Niveau stattfinde. Sie sehe es daher als Signal aus Niederösterreich an die Bundesregierung, jene 2023 angekündigte Lösung umzusetzen, wodurch eine Anstellung von Lehrkräften ohne Gehaltsabschläge und zusätzliche Ausbildung angeglichen werden sollte. Um Pflegekräfte ausbilden zu können, brauche es ausreichend Lehrpersonal. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN

- Analyse der Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[39. Landtagssitzung – 18.06.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Nachzulesen:

[Niederösterreichische Landeskorrespondenz - Landtag aktuell](#), 18.06.2026

Nächste Landtagssitzungen:

Mi 1. Juli 2026, 10 Uhr

Do 2. Juli 2026, 9 Uhr

Leopoldsaal, Haus 1A

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noel.gv.at/noe/Schluesseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOel_Landtag.html